

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

43 (20.2.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 J Zustellgebühr; abgeholt in der Geschäftsstelle und in Ablagen 2.- M; am Postkassier 2.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelheft 15 J.

Anzeigen: Die 7spaltige 'Krone'zeile oder deren Raum 50 J, Melkamen 1.50 M. — Anzeigenzeilen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. 3 Uhr.

Minister Noske bei den Arbeitern Bremens.

In einer Massenversammlung des Bremer Sozialdemokratischen Vereins sprach Reichswehrminister Noske über die politische Lage. Er rechtfertigte die scharfen Mittel des Ausnahmezustandes. Denn der Versuch muß gemacht werden, unser Land und die 60 Millionen Menschen vor dem Verderben zu bewahren, was in außergewöhnlichen Zeiten nicht ohne außergewöhnliche Mittel möglich sei.

Noske sagte: Als junger Arbeiter habe ich selbst Sozialistengesetzzeiten mitgemacht. Aber dafür haben wir uns nicht 30 Jahre lang deugalisieren lassen, um in dem Augenblick, wo wir dem Volke das Selbstbestimmungsrecht erkämpft haben, wahnwitzige Niederheiten mit dem Rechte Schindluder spielen zu lassen. Die Durchführung der Bestrebungen der U.S.P.-Presse hätte in Deutschland Hunderttausenden von Menschen das Leben gekostet. Deshalb müßte man auch mit rückwärtsloser Entschiedenheit in das Geschäft der Leute eingreifen, die glauben, daß sie die Hand an der Gurgel von 60 Millionen Menschen hätten.

Zur Frage der Militärverfassung sprach Noske die Ansicht aus, die Einwohnern werden nicht bleiben können, da sie die Entente nicht dulde. Er kündigte an, daß die Soldaten des neuen Heeres auf gewisse Freiheitsrechte, die die Revolution allen Arbeitern und Beamten gebracht hätte, würden verzichten müssen. Koalitionsfreiheit der Bewaffneten bedeutet, daß das ganze deutsche Volk den hunderttausend Bewaffneten überliefert wäre, und das darf nicht sein. Zu den wirtschaftlichen Fragen übergehend, wies Noske darauf hin, daß der Aufbau des Vertriebsnetzes in die Hand der Arbeiter gelegt sei. Viel hänge von dem Ausfall der Wahlen ab. Wenn agitatorische Gesichtspunkte dabei liegen würden, würde die Stimmung gegen das Vertriebsgesetz steigen und die Arbeiter würden die Sache bezahlen.

Frankreichs Rheinpläne — eine wahnwitzige Politik.

Aus Frankfurt wird den „V. R.“ gedruckt: In der rheinischen Frage scheinen England und Italien einer längeren Okkupation, wie sie Millerand androht, nicht zustimmen zu wollen. Sie sind aber mit einer Befestigung weiterer Gebiete einverstanden. Die Pariser Mächte geben zu, daß die englische öffentliche Meinung keineswegs gewillt sei, die französischen Pläne auf die Rheinprovinz auch noch weiterhin zu unterstützen; daß man vielmehr darauf dringe, daß Frankreich in der rheinischen Frage sofort seine Beschlüsse fasse.

Jacques Bainville schreibt in der „Action Française“ über die Rheinlandsfrage: Es gebe keine ernsthaft rheinische Politik und keine dauernde rheinische Republik, wenn Deutschland nicht dezentralisiert werde, würde der rheinische Staat eine Fiktion sein, wenn es keinen bayerischen, württembergischen und keinen hannoverschen Staat gäbe, um Preußen zu separieren. Frankreich könne die Kräfte nicht außer Acht lassen, welche auf ein „Los von Berlin“ hinarbeiten, könne auch nicht einen Dornen und einen Stein ignorieren. In der Behandlung der verschiedenen Staaten könne man einen Unterschied eintreten lassen, z. B. in Bezug auf die Auslieferungsfälle und die Kohlenlieferung, so wenn das Kohlenarme Bayern keine Kohlen erhalte. Man könnte diesen benachteiligten Staaten wohl zu verstehen geben, welche Konsequenzen sie zu ziehen hätten und eines Tages besondere Abkommen mit ihnen schließen. Wenn Frankreich die Dinge auf solche Weise in die Hand nehme, würde es England nicht bedauern.

Was England im Kriege verpumpt hat.

Berlin, 20. Febr. Privattelegramm. Nach einer Amsterdamer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus London berichtet, daß der Schatzkanzler im Unterhause erklärt hat, Großbritannien habe an England 568 Millionen Pfund Sterling, an Frankreich 470 1/2 Millionen Pfund Sterling, an Italien 470 Millionen Pfund Sterling, an Belgien 86 1/2 Millionen Pfund Sterling und an die anderen Verbündeten 71 Millionen Pfund Sterling, also insgesamt 1686 Millionen Pfund Sterling Darlehen gegeben.

Rückständigkeit — Ein bayerisches Reservatrecht.

München, 20. Febr. Der Ausschuß des bayerischen Landtages zur Beratung des Lehrergesetzes hat mit 15 gegen 11 Stimmen den Änderungsantrag der Regierung abgelehnt, nach welchem Lehrerinnen aufgrund des Art. 128 Abs. 2 der Reichsverfassung das Recht auf Verheiratung zusetzen soll.

230 000 Millionen Papiergeld.

Berlin, 20. Febr. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ sind nach Kopenhagener Blättermeldungen zurzeit in Somejstrahland für über 230 Milliarden Rubel Papiergeld im Umlauf. Diese Rubel sollen nicht einmal das Papier wert sein, auf dem sie gedruckt sind.

Das Abkommen mit den Bergarbeitern zur Erzielung einer höheren Kohlenproduktion.

Berlin, 20. Febr. Wie bekannt ist, haben kürzlich in Gegenwart des Reichskanzlers in Effen Besprechungen zwischen den Bechenverbänden und den Organisationen der Bergarbeiter über die Steigerung der Kohlenproduktion stattgefunden. Im weiteren Verlaufe dieser Verhandlungen ist das nachstehende Abkommen getroffen worden:

Es sollen wöchentlich zwei halbe Leberfische gefahren werden. Als Entgelt hierfür erhält der Untertagearbeiter 100 Prozent, der Lebertagearbeiter 50 Prozent Zuschlag zu den be-

stehenden Löhnen. Außerdem wird den Bergarbeitern, die die Leberfische leisten, eine Zulage an Lebensmitteln gewährt. Sie erhalten pro Mann und Monat 12 Kilo Brot und 4 Kilo Fett, und zwar zum Preise der rationierten Lebensmittel. Das Abkommen tritt am 23. Februar in Kraft und gilt vorläufig auf die Dauer von drei Wochen, d. h. bis zum 14. März. In etwa 14 Tagen sollen neue Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens eintreten. Diese Bereitwilligkeit, die Kohlenproduktion durch Leistung von Leberfischen zu steigern, hat den Bergarbeitern den Dank des ganzen Volkes gesichert. — Ein Teil der mehr geförderten Kohlen wird zur Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage benutzt werden. Die übrige Menge wird sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft zugute kommen.

Die Situation im Ernährungswesen.

Berlin, 20. Febr. In einem Anruf des preussischen Landwirtschaftsministers an sämtliche preussische Landwirtschaftskammern heißt es: Wir müssen im Lande noch das letzte zusammenraffen, um unser Volk über das Schwere hinwegzubringen.

Arbeitskämpfe in Italien.

Mailand, 20. Febr. Ein Telegramm des „Secolo“ aus Genua meldet, daß die Bewegung unter den ligurischen Metallarbeitern sich in den letzten Tagen verschärft habe. Die Arbeiter drohten mit der Schließung der Betriebe. Die Arbeiter drangen gewaltsam in die Betriebe ein und bildeten Arbeiterräte, die die abwesenden Direktoren ersetzten wollten. Die Polizei mußte einschreiten und ordnete die Räumung der Betriebe an. In den Gießereien Ansaldo kam es zu Aufruhr. Die Arbeiter wollten die Werkstätten nicht verlassen, worauf die Polizei auf sie schoß. Die Arbeiter verwundeten einige Soldaten. Es kam zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf es 10 Verwundete gab.

Der Oberreichsanwalt über den Prozeß gegen die Kriegsverbrecher.

Berlin, 20. Febr. Der Oberreichsanwalt Schweigert äußerte einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ gegenüber, gewisse Richtlinien für das Leipziger Verfahren fänden schon fest. Diese seien durch das Gesetz vom 18. Dezember 1919 gegeben. Im Rahmen dieses vielleicht durch eine Novelle zu erweiternden Gesetzes, das eigentlich für inländische Verurteilungen bestimmt war und das übrigens eine Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes notwendig mache, werde die technische Durchführung der bevorstehenden Prozesse erfolgen. Es schwebten bereits bei der Reichsanwaltschaft Ermittlungsverfahren.

Die Entente macht Konzessionen an die Stärke des deutschen Heeres.

W. A. Berlin, 20. Febr. Der Präsident des Obersten Rates, Lord Georges, überreichte dem deutschen Gesandten in London, Herrn Schomer, die nachfolgende Note:

Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnisnahme an die deutsche Regierung mitzuteilen, daß seitens des Präsidenten der Kontrollkommission in Berlin die Aufmerksamkeit des Obersten Rates der alliierten Mächte auf die Lage gelenkt wurde, in die die deutsche Regierung versetzt wird, wenn die alliierten Mächte auf der strikten Erfüllung des Artikels 160 des Versailleser Vertrages bestehen, nach welchem die gesamte Effektivestärke der Truppen in den deutschen Bundesstaaten bis spätestens 31. März 1920 die Zahl von 100 000 Mann, die Offiziere und Deposentrückstellungen eingerechnet, nicht überschreiten werden dürfen. Da dieser Artikel in der Annahme entworfen wurde, daß der Versailleser Vertrag an einem viel früheren Datum ratifiziert werden würde, hat der Oberste Rat dahin entschieden, zu gestatten, daß die deutschen Truppen bis zum 10. April 1920, d. h. drei Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages in Gemäßheit des Artikels 163 auf 200 000 Mann und bis zum 10. Juli 1920 auf 100 000 Mann zurückgebracht werden.

Maschinengewehre für Jucker.

Aus Prag wird gemeldet: „Pravo Lidu“ schreibt: Die Tschechoslowakische Republik führt namentlich Bayern Jucker aus und die Bayern liefern hierfür Gewehre und Maschinengewehre. In der letzten Sitzung des bayerischen Kabinetts wurde die Frage der Waffenlieferung nach der Tschechoslowakei geprüft und es wurde festgestellt, daß 15 000 Maschinengewehre, 10 000 Karabiner, 200 Maschinengewehre mit je 10 000 Patronen und 5000 Reflektoren an die Tschechoslowakei geliefert wurden. Als Kompensation sollte Bayern 40 000 Tonnen Kohle und 30 000 Zentner Zucker erhalten. Die Lieferung nach der Tschechoslowakei erfolgte ordnungsgemäß und auf Wunsch der Entente. Die Tschechoslowakei lieferte bisher nach Bayern zwar Zucker, Kohle ist jedoch ausgeblieben.

Belgische Anregungen zur neuen Internationale.

Brüssel, 20. Febr. Das Bundeskomitee der belgischen Arbeiterchaft hat gestern eine Tagesordnung angenommen, die am Sonntag den französischen Sozialisten anlässlich ihres Kongresses überhandt werden soll. Diese Tagesordnung drückt den Wunsch aus, daß die neue Internationale der Kern sein möge, um den sich die verschiedenen Gruppen der Arbeiterbewegung wieder zusammenfinden möchten.

Außer Kurssetzung der Silbermünzen.

Berlin, 20. Febr. Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Sitzung unter dem Vorsitz des Ministers Dr. David eine von Volkswirtschaftsminister Dr. Brüning vorgelegte Beschlüsse über die Regelung der Einfuhr an. Angenommen wurde sodann die Verordnung betreffend die Außer Kurssetzung der Silbermünzen.

Die Landesschulkonferenz.

Vom 10. bis 14. Februar tagte in Karlsruhe im Landtag die badische Schulkonferenz. Die Leiter wissen aus der laufenden Berichterstattung, was dort behandelt und bereitet wurde. Es kann sich jetzt nicht darum handeln, die Verhandlungen im einzelnen wieder aufzuzählen. Was rekapituliert werden soll, ist ein Umriß und eine Unterfuchung dessen, was an wegweisenden Werten dort gegeben wurde. Um es gleich zu sagen: die geistige Einstellung der überwiegenden Mehrzahl der Teilnehmer auf die Fragen einer neuen Bildung und Erziehung entsprach in keiner Weise dem, was man füglich im neuen Deutschland hätte erwarten dürfen. Der Eindruck einer Mentalität, die, obwohl oder unbewußt, wurzelt in dem Geist eines Staates, dessen äußerer und innerer Zusammenbruch eine Lausache ist, war vorherrschend. Die Männer, die man so gerne als die führenden gesehen hätte, weil sie an den Quellen der Wissenschaft sthen, entpuppten sich fast ausnahmslos als greisenhafte Unmöglichkeiten, die mit zitternden Händen in den Trümmern des Alten wühlten und aus den Felsen einer innerlich überwundenen Welt ein Gebilde ohne tragfähiges Fundament zu errichten versuchten; der Sinn ihrer, übrigens meist kläglichen und eindruckschwachen Reden im engen Umkreis ihrer Fachinteressen, die ein dünner Schleier waren vor den Interessen ihrer gesellschaftlichen Kastenstellung.

Das Unverständnis für die Probleme der Zeit war peinlich und äußerte sich in grotesken Formen, die schon nicht mehr Mißverständnisse, sondern oft genug demagogische Erbitterung war gegen die neue Zeit. Offenbar ward wiederum, daß nirgends der Geist der Reaktion, die Einstellung auf Vergangenheit und das Mißvergnügen am Neuen so sehr beheimatet ist, wie in den Kreisen unserer Unversitäten. Grundton war und blieb über die ganze Tagung, daß man möglichst wenig am Alten ändern solle; denn die Schule habe sich „bewährt“. Eine Behauptung, die nur einer äußern kann, dem die ganze Tiefe und Weite der Problematik dieser Zeit verborgen geblieben ist, weil seine gefällige Ideologie so sehr sich in seinem Gehirn verankert hat, daß er den Dingen stumpf oder bestenfalls feindselig gegenübersteht.

Aus unserer Zeit der Ungewißheit, in der die Grundlagen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse schwankend geworden sind, wo der Geist des Vergangenen verständnislos und ablehnend dem Geist eines Neuen gegenübersteht, aus einer solchen Zeit heraus wird man es verstehen, daß es in dieser Versammlung nur zwei klare Stellungnahmen geben konnte. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß es sich hier um Fragen der Erziehung handelt, also um Werte, die ebenso politisch und wirtschaftlich sind, wie sie andererseits doch wieder an absoluten Einstellungen rühren; daraus ergibt sich, daß in diesem Strudel nur zwei Stellungen von unbedingter Tragkraft sein konnten: und das war auf der einen Seite die katholische Kirche, auf der anderen Seite der Sozialismus. Nicht als ob die Seiten an sich Gegenläufige darstellen würden oder müßten; aber hier lagen bestimmte Grundeinstellungen vor, während alle anderen Gruppen mehr oder weniger von scheinbar unpolitischen Kulturgrundlagen oder von wirtschaftlichen Fach-Einstellungen ausgingen. Daß bei der Zusammenfassung dieser Landesschulkonferenz die katholische Kirche — und das heißt in der praktischen Politik das Zentrum — die stärksten Antriebe gab, ist weiter nicht verwunderlich; wenn man auch nicht ganz versteht, warum gerade auf der Seite der freien Wissenschaft die Liebe zur Kirche so sehr zum Ausdruck kam. Vielleicht deshalb, weil die Kirche die große taktische Klugheit hatte, den Herren Altpolitologen ihre Neigungen zu den Humaniora recht deutlich zu demonstrieren, viellecht aber auch deshalb, weil es eine wirklich „freie Wissenschaft“ auf unseren Unversitäten bis heute noch nicht gibt.

Vollständig versagte die Konferenz bei der Frage der „Einheitsschule“. Es war bezeichnend, daß ein altkatholischer Pfarzer es aussprechen mußte: die badische Landesschulkonferenz habe der Einheitsschule ein Begräbnis erster Klasse gebracht. Und dies, nachdem vielleicht nirgends so sehr die Voraussetzungen gegeben waren wie bei uns in Baden, einen einheitlichen Aufbau des Schulwesens zu schaffen. Aber auch hier waren es die Herren von den Unversitäten, vollendete Reaktionäre, Stützen des alten Geistes, Vaterlandsparteiler, chauvinistisch ererbte Geanköpfe, Kaiser der Revolution, die aus einem totalen Unverständnis der sozialen Tragweite des ganzen Problems der Einheitsschule sich ängstlich an die Voraussetzungen ihrer Fachwissenschaftlichkeiten klammerten. Die deutsche Aufbauschule — das Mittel, das insbesondere in Betracht kommt bei dem Aufstieg der Begabten aus dem Volk — erfuhr eine straff organisierte Ablehnung. Damit war ein wesentlicher Teil der Einheitsschulorganisation erledigt. Wir wollen dabei ganz schweigen von der Einheitsschule, wie wir Sozialisten sie fordern, die sich natürlich in ihren Formen und Inhalten grundsätzlich unterscheidet von dem Surrogat einer Einheitsschule, wie es von bürgerlicher Seite meist vertreten wird.

Aber nicht einmal jener notdürftige Ersatz fand Verständnis. Man kann nur mit Bedauern konstatieren, daß hier eine große Frage ein so kleinliches Parlament gefunden hat. Freilich: wenn wir uns als Marxisten daran erinnern, daß auch diese Kämpfe Ausstrahlungen wirtschaftlicher Verhältnisse und Gegebenheiten sind, so werden wir, mit diesem Hintergrund im Auge, manches anders beurteilen. Auf der anderen Seite aber stellen wir mit Vergnügen fest, daß der Politiker auch hier entscheidend sein wird, und wenn wir uns daran erinnern, daß der Herr Unterrichtsminister das Wort unseres Vertreters, des Wollens Hauptlehrer Greiner, von der „Sozialisierung des Wel-

Seite 6.
Kauf
werbende
i Häner,
und zwar:
ern 1-100
101-200
201-300
301-400
über 400
406
sal-Stadt,
städtischen
und 20 Pf.
467
sal-Stadt.
mittelte.
n Kinder-
e 40 bis 46.
m Freitag,
— 50 J.
milenau-
schen Tage
argafung.
468
n.
asse
ds 6 Uhr
e hier eine
ng
eingeladen
Einladung
1857
h wab.
freund.
reis
ruac
gen
n“.
otal
agsaal
mal
Benz
si Schle
r Kaiser
Chrichard
Westaur.
Harter
offa
Bann
ner-Groth
u Döfen
„Volls-
Volls-
für unten
erscheinen.
hand.

en
in
ab
die
er
st
on
te
er
m

bes", das von feinen Köpfen mit einer kindlichen Demagogie verbrocht worden war, in seiner Schlussansprache übernahm und richtig stellte und dies in einer durchaus zustimmenden Weise, die ganz unsere Ansicht wiedergibt: dann schauen wir gerade in dieser Frage mit einem besorglichen Blick auf die zwei Tage Verhandlungen zurück und sagen mit Galilei: Und sie bewegt sich doch!

Etwas erfreulicher gestalteten sich die Verhandlungen über die Frage der Lehrerbildung. Wenn auch hier gewisse Meinungen zu vernehmen waren, sowohl von Seiten der Kirche wie der Universtitäten, so blieb doch im ganzen ein Wille sichtbar, der vorwärts weist. Daß es gerade uns Sozialisten ernst ist mit der Frage der Lehrerbildung, insbesondere der Volksschullehrer, darüber gaben die ausgezeichneten Ausführungen unseres Genossen Dr. Kraus Auskunft; genau so wie zuvor durch die grundsätzlichen Ausführungen des Genossen Haebler und durch die Rede des Genossen Abg. Maier-Heidelberg, der als Vertreter des arbeitenden Volkes sprach, unsere Stellung zur Einheitschule klar und bestimmt zum Ausdruck gekommen war. Wir erstreben die bessere Vorbildung des Volksschullehrers vor allem deshalb, weil wir in ihm nicht nur einen Volksschullehrer, sondern einen Volkslehrer sehen, den Mann, der die großen Fragen des geistigen Lebens und Ringens in das Volk hinein trägt, der insoweit auch der gegebene Träger aller Volksschulbewegungen sein wird. Wir erstreben die Höherbildung des Volksschullehrerstandes vor allem deshalb, weil wir die Bildung der 95 Prozent der deutschen Jugend heben wollen und weil wir die ganze geistige und sittliche Bildung des handarbeitenden Volkes in die Hand mit seiner sachlichen Ausbildung zu einer der geistigen gleichwertigen, wenn auch nicht in allem gleichartigen empheben wollen. Diese Forderung drückt es deutlich zum Ausdruck, daß nur die Sozialdemokratie ein tieferes Verständnis hat für die Forderung des Volksschullehrerstandes, weil sie eben nicht nur die Bildung für eine besitzende Klasse, sondern für die Masse des arbeitenden Volkes erstrebt.

In der Frage der Selbstverwaltung kam es zu keiner klaren Scheidung der verschiedenen Strömungen, die auf diesem Gebiete gehen. Man war sich einig darin, daß die Eltern einen Anspruch haben auf eine Mitbeteiligung an der Schulverwaltung, auch darüber, daß die Schüler von einem bestimmten Alter an nicht ausgeschlossen werden können und sollen von den Fragen der Schulgemeinde. Man war sich auch klar darüber, daß der Lehrerschaft selbst gewisse erweiterte Rechte innerhalb der Schulverwaltung zu geben seien — aber zu einer scharf herausgearbeiteten programmatischen Stellungnahme kam es leider nicht. Der einzige, der überhaupt diese Frage klar und scharf gegliedert behandelte, war unser Gen. Prof. Kochbach. Die Ausführungen des Vertreters des Bad. Lehrervereins, der sonst gerade in dieser Hinsicht eine scharf umgrenzte Stellung einnimmt, gingen ziemlich verloren. Nur so kann man verstehen, daß der Minister diese Frage unter dem Zeichen eines „Synkretismus“ sah, was wirklich eine Verkennung des Wesentlichen ist. Denn wir fordern Selbstverwaltung nur für die Einzelschule, und da aus guten erzieherischen Gründen; auf dem Gebiet der Schulaufsicht dagegen fordern wir Mitbestimmungsrecht, was natürlich der Idee wie der Organisation nach etwas ganz anderes als Selbstverwaltung darstellt.

Indessen ist hier nicht der Platz, darauf näher einzugehen; das muß in einem besonderen Aufsatz einmal behandelt werden. In dieser Frage gingen die Meinungen nicht sonderlich weit auseinander, vielleicht deshalb, weil hier die Gegensätze noch allzu sehr verschleiert liegen — nur das Zentrum betonte einmal, wenn die Lehrer ihren Schulleiter wählen wollten, dann sei es nur ein Schritt bis dahin, wo die Eltern den Lehrer wählen wollen: übrigens ein ganz schiefher Vergleich, der bei näherer Untersuchung sich ins Demagogische auflöst.

Das Interessante dabei ist, daß der demokratische Abgeordnete Hertz, der einzige demokratische Vertreter, der überhaupt einmal das Wort ergriff, hier gegen die Forderungen des Bad. Lehrervereins Stimmung machte, Arm in Arm mit dem Zentrumsmann Biedemann. Während auf der anderen Seite es nur die sozialdemokratischen Abgeordneten waren, die bei den verschiedenen Punkten für die Forderungen des Bad. Lehrervereins eintraten. Was natürlich die Lehrer nicht abhalten wird, der Demokratischen Partei bei nächster Gelegenheit Schlepperdienste zu leisten.

Den Abschluß machten die Fragen der körperlichen Erziehung der Jugend und der Jugendpflege. Man kann sich denken, daß aus einer solchen Versammlung heraus kräftige Töne erklingen würden, die unter dem Deckmantel des Nationalen eine chauvinistische Begeisterung für den kommenden Revanchekrieg zu entfachen versuchen würden. Es ist selbstverständlich, daß wir Sozialisten gegen eine körperliche Er-

tüchtigung unserer Jugend und gegen eine Erziehung unserer Schulentlassenen zum Wahren, Guten und Schönen nicht das geringste einzuwenden haben; aber daß man diese Gelegenheit von der anderen Seite benützen würde, um in nationalistischen Durcheinander zu wachen, war klar. Um so eindringlicher wirkten deshalb die ausgezeichneten Worte unseres Gen. Giesele vom Sportartikel, der nach jeder Seite hin scharf abgrenzte und das gab, was allein die ganze Sportbewegung wertvoll macht: die Erziehung zur körperlichen Tüchtigkeit.

Damit klang die Tagung aus. Die Worte des Ministers klangen manches dann zusammen. Sie zeigten in der Uebersicht in wenigen knappen und oft glänzend pointierten Sätzen das Fundamentale: daß die Schule ein Politikum war und ist und vorberhand auch bleiben wird. Eine Mahnung auch für die Sozialdemokratie. Wenn diese Landeskonferenz, auf der die Sozialisten in einer kleinen, aber sicherlich nicht unwichtigen Schar vertreten waren, für unsere Partei nur die eine Folge haben sollte, daß sie ihre die wichtigsten Forderungen einer Reorganisation der Erziehung wieder in das Gedächtnis zurückruft, dann hat sie für uns trotz der realistischen Tonart, in der sie sich bewegte, viel gegeben. Darüber kann heute kein Zweifel mehr sein: wer hier saß, den trieb der Kopf, über kurz oder lang. Und auch das andre soll gesagt sein: wenn wir nicht mit aller Macht dafür sorgen, daß der neue Staat eine neue Erziehung bekommt und neue Erzieher, dann haben wir auf dem Gebiet des Geistes die Revolution verloren.

Politische Uebersicht.

Schuldenausgleich.

Berlin, 20. Febr. Die einmonatige Frist für die Erfüllung des Beitrags zu dem im Friedensvertrage vorgesehenen Schuldenausgleich ist für diejenigen Staaten, die den Friedensvertrag am 10. Januar 1920 ratifiziert haben, abgelaufen. Innerhalb der Frist haben folgende Staaten ihren Beitrag erklärt:

1. Großbritannien unter Einschluß aller seiner Kolonien und Protektorate, mit Ausnahme der Südafrikanischen Union und Ägyptens,
2. Frankreich mit Einschluß seiner Kolonien und Protektorate,
3. Italien,
4. Belgien mit Einschluß des Kongo,
5. Siam.

Die übrigen Staaten, nämlich Japan, Bolivien, Brasilien, Guatemala, Peru, Polen, die Tschechoslowakei und Uruguay haben von den entsprechenden Bestimmungen des Friedensvertrages innerhalb der vorgeschriebenen Frist keinen Gebrauch gemacht. Auf sie findet demnach das Ausgleichsverfahren keine Anwendung. Die Auktorisierung des im Verlehr mit diesen Staaten bestehenden Verbots der unmittelbaren Regelung von Wertpapierverhältnissen steht bevor.

Die armen Landwirte bei den Radttänzen.

Einkaufsstärke 15 bis 1000 Mark.

Am Dienstag hielt der Bund der Landwirte in Berlin seine jährliche Bundesversammlung, zu der jedesmal viele tausende Landwirte und Agrarier aus allen Teilen Deutschlands nach Berlin kommen. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist, wie bekannt, das Organ des Bundes der Landwirte. Sie hat in diesen Tagen das Inserat gebracht, in dem ein in die Luft geworfenes nacktes Weib, das an einem ebenso bellenbeiden Körper hängt, zum Besuche der „Schönheits-Tänze“ einlädt: „Schönheits-Tänze am 17., 18., 19. und 20. Februar“. Warum Radttänze gerade an diesen vier Februartagen? Sonderbar, das Inserat ist in der „Deutschen Tageszeitung“ erschienen, und am 17. Februar hat die Tagung des Bundes der Landwirte stattgefunden. Ist man einmal in Berlin, dann bleibt man auch ein paar Tage etwa bis zum 20. Februar, und dann tanzt auch Gelly nicht mehr; sonderbar.

„Karten von 15 bis 1000 Mark.“

Zwölf tausend Mark! Aber es steht wirklich so in der „Deutschen Tageszeitung“, die ja in der Tat als Organ der großen Grundbesitzer ein zahlungsfähiges Publikum hat. Die Sache ist wohl so zu verstehen, daß der, der die Fleischschau in der Nähe vornehmen will, 1000 M zahlen muß. Außerdem: in Berlin ist bekannt, daß die Dirmen während der Wundertage in Berlin im Geld und Sekt förmlich schwimmen. Sie freuen sich stets auf die Zusammenkunft der armen nolleidenden Agrarier.

Reichsvororgansanstalt für Einwohnerwehren.

Berlin, 20. Febr. Amlich. Die Reichszentralstelle für Einwohnerwehren teilt mit: Das Reichsministerium des Innern hat im Einvernehmen mit dem Reichsministerium der Gesundheit zur Errichtung einer „Reichsvororgansanstalt für Einwoh-

nerwehren“ erteilt. Die Anstalt besitzt durch staatliche Verleihung die Befähigung, die Errichtung und den Betrieb von Einwohnerwehren unter Jurisdiktion jedes Parteigebietens im Interesse des Reiches, der Staaten und Gemeinden für Ruhe und Ordnung einzutreten, hat das Recht die für die Errichtung und Sicherung der Anstalt erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt, während die Gemeindefürsorge für Material und Sachverhalte aufzubringen haben. Die Leistungen der Anstalt sind sehr erheblich, so z. B. in der Unfallfürsorge: Im Todesfall Mk. 10 000 bar an die Hinterbliebenen, im Invaliditätsfall eine Jahresrente von Mk. 6000 an den Verletzten und Mk. 300 an jedes Kind, bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit ein Tagegeld von Mk. 10 an den Verletzten und Mk. 2 an jedes Kind. Alles Nähere ist aus der amtlichen Bekanntmachung in Nr. 5 der „Einwohnerwehr“ und aus den demnächst erscheinenden Merkblättern zu erfahren. Weitere Auskünfte erteilt kostenlos die Reichsvororgansanstalt für Einwohnerwehren, Berlin SW, 68, Schützenstr. 8.

Steigende Arbeitslosigkeit in der Pfalz.

Anfolge der schlechten Lage des Arbeitsmarktes ist, wie die „P. P. R.“ erfahren, die Arbeitslosigkeit in dem abgetrennten Teile der Pfalz während des Monats Januar beträchtlich gestiegen. Die schlesische Kohlen- und Rohmaterialindustrie hielt weiter an. Zwei größere Fabriken mußten ihren Betrieb fast vollständig einstellen, sonst wurden vielfach Arbeiter mit Nachstands- und Aufräumungsarbeiten beschäftigt.

Der agrarische Kanzler und der Minister für die Landarbeiter.

Eink war die Landwirtschaftliche Woche in Berlin nur ein Agrarierfest, und der Reichskanzler Fürst Bismarck erbot sich von seinem lieben Bund der Landwirte den Grabspruch: Dieses ist ein agrarischer Kanzler gewesen. Heute beginnt die Landwirtschaftliche Woche mit dem Kongreß der 600 000 organisierten Landarbeiter, und der preussische Landwirtschaftsminister Otto Braun nimmt mit Stolz das Wort auf, das man für ihn geprägt hat: ein Minister für die Landarbeiter. Selbstverständlich, daß er dabei das Interesse an der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht vergißt!

Was folgert aus solcher Gegenüberstellung der zielbewußten Unabhängigkeit? Er zuckt die Achseln und erklärt kategorisch: Es ist alles beim alten geblieben. Dem Mann ist natürlich nicht zu helfen.

Badischer Landtag.

14. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 19. Februar.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9 20 Uhr.

Kurze Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Hertz (Dem.) bezüglich der Verträge badischer Firmen in Kasernenbauten teilt Staatspräsident Geis mit, daß bei einzelnen Firmen die Verträge gelöst werden können. Der Umfang läßt sich noch nicht bestimmen, bis die Standorte der Reichswehr festgelegt sind.

Auf eine Anfrage des Abg. Frau Blase (Soz.) wegen der Preissteigerung des Rohabens teilt Minister Kemme mit, daß hier die Valuta in Frage komme. Die Regierung ist bemüht, Rohabens aus Heeresbeständen zu erhalten und wird weiterhin in dieser Hinsicht tätig sein.

Auf Anfrage des Abg. Hertz (Dem.) bezüglich der Notlage des Birksgewerbes teilt Minister Kemme mit, daß bevorzugte Lieferung der Wirtschaften eine Benachteiligung der übrigen Volkswirtschaft wäre. Die Wirtschaften müssen ihren Gästen die Warten abverlangen.

Auf Anfrage des Abg. Königsberger (Soz.) zur Beschaffung von künstlichen Düngemitteln an unbedeutende Landwirte teilt Minister Kemme mit, daß die Regierung jederzeit für Belieferung zu angemessenen Preisen eintrat und ihre Bemühungen fortsetzt. Eine Nationalisierung läßt sich aus technischen Gründen nicht durchführen.

Auf Anfrage des Abg. Böck (Soz.) bezüglich Entschädigung der Rheinischer teilt Minister Kemme mit, daß bei Beschlagnahme der Rheinschiffe für militärische Zwecke eine Vergütung gemäß Gesetz zu gewähren ist. Doch wird hierbei festgesetzt werden, ob nicht ohnehin durch die Lage im Kriege eine Vergütung ausgeschlossen gewesen wäre. Eine Vergütung aus der badischen Staatskasse kommt nicht in Betracht, da hierfür das Reich zuständig ist.

Interpellationen.

Hochwasserentschädigungen.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) begründet die Interpellation seiner Fraktion, wie die Regierung den durch das Hochwasser Geschädigten zu helfen gedenke. Wenn das Beschädigungssystem etwas besser funktioniert hätte, hätte mancher Schaden vermieden werden können. Dies bezieht vor allem Heidelberg. Es müßte dafür gesorgt werden, daß irgend eine Instanz die Verantwortung für die Beschädigung trägt. Für den Reuther Bezirk sind vom Reich 150 000 M. ausgesetzt worden. Auf

er schloßweil daheim angekommen. Die Wirt hat mittlerweile Licht gemacht und meint, ihr sei jetzt wieder besser geworden. Nun nimmt aber der Stiefel die Tropfen, so miserabel ist ihm vor Angst geworden, und legt sich ähnelnd flappernd ins Bett. Die Hosen wirft er wieder auf den Schemel. Er adelt aber nicht darauf, daß dabei etwas aus der Tasche flüchtend auf den Boden fällt.

Als der Tag graut, wachst der Stiefel auf. Die Annamir ist schon munter und trägt gerade sein Sonntagsgewandl hinaus. Er springt aus dem Bett und zieht feuchend seine frachledernen Hosen an, dann die Rohrstiefel. Auf einmal bißt er sich. Hart unter der Fensterbank liegt ein Geldbeutel. Kaum traut er seinen Augen, ein leberner Zugbeutel, ziemlich schwer! Der Dachrainer macht ihn auf und schüttelt das Geld auf den Tisch: Einhundertzanzig Markel und ein paar Pfennig sind. Er macht seine laubdümmte Wischi. Möglich fliegt ihm ein Rästel seliger Erleuchtung übers Gesicht.

Er hat geholfen. Und so geschwind hat er geholfen, der Herrgott. „Du lieber Herrgott, um zwanzig Markel hast Dich verzählt und den Zugledernen hatt's ja gar net braucht, des Geld' l'alsoanig hätt's ja a to, stottert er grab, als die Wäuerin wieder in die Stub kommt. Die ist ganz verdußt, als sie das Geld sieht, aber wie er mitteilt, daß er am Wegreuz so innig gehieft hat, da faltet sie die Hände, dreht die Augen nach oben und lacht übers ganze Gesicht: „Ach, du quater Herrgott da broden.“ Doch sie aber am gleichen Morgen dem Stiefel seine schwarzen Sonntagshosen hinten ein Stück eingnäht und die Hosen-schnalle noch dazu eingezogen hat, das hat keine Menschen-seele erfahren. Der Dachrainer betet jetzt noch viel inniger in der Kirche, wie je zuvor.

Nur eines müchte ich noch wissen. Warum hat der Herr Pfarrer am Montag einem Handwerksburschen ein Paar so glückliche schwarze Hosen geschenkt? In seiner Schwester hat er gesagt: Sie seien ihm zu eng geworden! Darum.

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

Nachdruck verboten.

Das Hingeld.

(Schluß.)

Das macht der Stiefel so und kommt nachher zur Leir-erbaf mit seinem Anliegen. Au weh, is er aber da ausgerückt. „Stehst, Mannl, i tat dir den G'fallen, ja, recht gern, aber i muach mei Geld haben am Mittwoch, Steuern, Umlagen, Hauszins, alles ist källig. Schaug' halt, daß du des Geld' vom Kreuzwirtvetter kriegt!“ Fuchsteufels-wild, die Zeugabel mit der Ketten auf dem breiten Buckel und den weltgroßen Hosen daran hängend, stampft er zum Wirtsvetter. Nach der achten Maß und einem Kälbernen ruht er mit seinem Anliegen heraus. „Geht net, Stiefel, is Quartal, Steuern, Zinsen, Biergeld, Seminar-geld vom Hansl, geht halt net, Mannl.“ Trübselig packt der Dachrainer um neun Uhr sein Zeug' auf den Rücken und torfelt heimwärts.

„Sakra, Sakra, was mach i iah; i muach halt morgen zum Hochwürden, vielleicht tuats der auf vier Wochen.“ So düsel er vor sich hin bis eine Viertelstunde vors Dorf. Da ist am Weg ein großer, holzerner Herrgott am Kreuz angehängelt, eine Stiftung vom seligen Donaubauer seiner Frau, mit einem Kniebankl davor. Fest kommt dem Stiefel noch eine Idee. Vielleicht kommt der helfen? Also, er kniet nieder, bejnt sich ein bißel und fängt dann bierschwer an: „Schaug, mei Nader, jetzt wars Zeit, daß' helfst, bis auf des bitter Grenzstoanberiechen von neulich hab' i ja nir am G'wissen und san doch nur hundert Markel. Also kommst schon an Einlehen haben. Amen!“ Dann machte er sich wieder auf den Weg. Es muß gleich zwölfe sein und so zwischen zwölfe und eins ist ihm nicht wohl da hertrauen, lönt nimmer ganz geheuer sein. Das Garten-

tür! macht er leis auf, aber wie er die Haustür aufgesperrt hat, schlägt's zwölfe; da fällt mit einem Wortschlag der große bleierne Haken samt der raselnden Kette von der Heugabel und plumpert im Hausgang' herum. „Jefas, Maria und Josefer!“ schreit eine Weiberstimme in der Stuben und die Wäuerin packt bloßfüßig drinnen hin und her. „Halt's Maul, i bins,“ lallt der Stiefel. „Jefas, du Depp du, kommst net in der Stadt übernacht bleiben. Quast an um d'Nachtrauh bringen,“ holleints aus der Stube.

„Sei halt net unguat, Alte,“ brummt er schluchzend, denn vor Schreck hat er den Schnader gekriegt und beginnt dann lang und breit zu erzählen, wie es ihm in der Stadt gegangen ist. Dabei sieht er sich im Dunkeln aus Wäuern iparen mit dem Licht) und legt Kopf, Wöste und Hosen auf den Schemel neben das Bett. Da regt sich etwas unter demselben. „Is scho wieder a Benn in der Stuben. Quada,“ macht er und wirft den Stiefelnecht unter die Bettlad. Auf einmal jammert die Annamir ganz zum Erbarmen. „Jefas, was is denn, Wirtl, bist ebba krank?“ Die winkelt: „Nah halt's mit dem Rumpfern. Der Schreck von dem Hofagepurzel; so schlecht is mir, so schlecht!“ und sie fängt zu greinen an. „Koa oanziger Tropfen Karmelitergeiß haboam und mir is so schlecht.“ Geh, lauf doch g'schwind zum Wader Ferdl, und hof an Geißt, geh, Stiefel, geh.“

Der springt wieder aus dem Bett, tappt nach dem Kleiderhaufen, lücht sich die Hosen aus, schlupft hinein, noch die Lederpantoffeln an die Füße und rennt mit fliegenden Hosenträgern zum Wader Ferdl. Beim Aufhüpfen unterwogts kommen ihm seine schwarzzudenen Beinbehaufungen ungemohnt weit vor. Der Wader schimpft auf die närrischen wachsernen Weibslent, die gar nir aushalten können und gibt ihm das Verlangte. Damit rennt er wieder heim über die Wiege an dem großen Apfelbaum vorbei. Darunter steht eine lange, schwarze Gestalt. Erichroden befreuzigt er sich, siebheiß fällt ihm ein, daß immer noch Fensterstunde ist. Mit den Pantoffeln in der Hand kommt

dem Untergang muß auch den anderen Bezirken vom Reich geboten werden. Denn muß aber auch der badische Staat den betroffenen Bezirken helfen, da die Bezirke und die Gemeinden die Last nicht tragen können. Vor allem müssen den betroffenen Gemeinden Saatgut, Düngemittel und vielfach auch Erdmasse zur Verfügung gestellt werden. Zu beanstanden ist, daß die Rheinbauinspektoren keine tarifmäßigen Löhne zahlen. Außerdem müssen Brennstoffe zur Austrocknung der betroffenen Gemeinden beschafft werden. Es muß in jeder Hinsicht schleunigst durch Staatsmittel geholfen werden.

Abg. Regelmaier-Oberkirch (Zentr.) begründet den Antrag seiner Fraktion auf Vinderung der durch das Hochwasser entstandenen Notlage, wobei er vor allem die Schäden im Einzelhandel bespricht. Möglichst rasch müssen Futtermittel und Saatgut beschafft werden.

Arbeitsminister Rückert: Der Regierung sind die Schädigungen bekannt. Die Erhebungen über die Höhe und noch nicht abgeschlossen. Die Bezirke sind beauftragt worden, die Vorklagen an die Verwaltungsämter beschleunigt zu erledigen. Das Staatsministerium hat aus dem Vernehmen, daß die Schäden eine Not eine Hilfe zu gewähren. Und welche Klagen über die Vorklagen beim Hochwasser in Heidelberg sind nicht zu. Das Hochwasser kam so plötzlich, daß es nicht möglich war, die ganze Bevölkerung zu evakuieren. Das alte Hochwasser kam bei heutiger Situation zu neuem Ausbruch. Das Ministerium wird die Vorklagen auf Erhebung über verloren gegangene Futtermittel hin und wird tun, was in der Beschaffung der Futtermittel bei unserer Knappheit möglich ist.

Abg. Säger (Dem.) äußert Wünsche zur Inflationskorrektur. Staatspräsident Geisler teilt mit, daß die Regierung beschloß, am nächsten Montag die Stadt Rehl zu besuchen. Die Regierung habe das Hanauer Land nicht verlassen. Wäher wurde uns die Entschleunigung versagt. Bei unserem Besuch am nächsten Montag kann uns die Einwohnerhaft ihre Wünsche vorbringen.

Abg. Engelhardt (Zentr.) wünscht Dämme gegen das Hochwasser. Abg. Karl (D.M.) äußert Wünsche für die Tauberregion und vor allem für Wertheim. Angesichts der hohen Löhne werden wir bei solchen Schlägen wieder zur Fronarbeit auf dem Lande zurückkehren müssen. Abg. Fischer-Bahr (D.M.) wünscht Sozialleistungen für die Betroffenen. Nach weiteren Bemerkungen des Ministers Memmel, Abg. Kehm (Dem.), Abg. Maier-Heidelberg (Soz.), der nochmals künftige Vorkehrungen regeln und Inflationskorrekturen wünscht und des Abg. Regelmaier, der der Regierung für ihr Vorgehen dankt, wird die Beratung der Interpellation geschlossen.

Der Antrag Regelmaier-Oberkirch auf finanzielle Unterstützung der Geschädigten, Beschaffung von Düngemitteln und Erhebung der Gebäude- und Sachschäden wird angenommen.

Landeskulturarbeiten.

Abg. Schön (Dem.) begründet seine Interpellation über den Stand der Arbeiten in der Landeskultur.

Arbeitsminister Rückert:

Der Stand der Arbeiten ist folgender: Für Unternehmungen der Landeskultur, sowie für Selbstvereinigungen sind a) die Vorklagen im Gange oder schon fertig gestellt für eine Gesamtfläche von 8028 Hektar in 88 Unternehmungen mit einem Kostenaufschlag von 8282 000 M. b) der Beschlußfassung bei den Gemeinden unterliegenden Arbeiten für eine Fläche von 4077 Hektar in 25 Unternehmungen mit einem Kostenaufschlag von 3 083 000 M.; c) die Ausführung ist beschlossen oder im Gange befindlich oder beendet bei Arbeiten für eine Fläche von 6672 Hektar in 92 Unternehmungen mit einem Kostenaufschlag von 2 137 000 M. Das ergibt im ganzen Arbeiten für eine Fläche von 19 677 Hektar oder rund 20 000 Hektar in 204 Unternehmungen, darunter 1/4 = 5000 Hektar Selbstvereinigungen mit einem Kostenaufschlag von 1 1/2 Millionen Mark. Hierbei werden insgesamt rund 800 Arbeiter beschäftigt. Dem Flächenumfang nach übertrifft die Gesamtzahl die in der förmlichen Anfrage gemachte Angabe von 7000 Hektar meliorationsfähigen Gelände etwas um das dreifache.

Von größter Bedeutung sind die Verbesserungen der Reichsabwärts Ertrag und damit in Verbindung die

Ent- und Bewässerung des Mainabtales mit einer Fläche von etwa 1000 Hektar, die Entwässerung des Donauabtales mit etwa 1000 Hektar, von welchem Kame bereits fertiggestellt sind die Vorklagen für einen etwa 400 Hektar großen Teil des in Betracht kommenden Geländes auf den Gemarungen Hellingen, Altmundshofen und Freyern, ferner die Entwässerung des Rheintallandes und auf den Gemarungen Vintzenheim, Hochstetten und Lieboldshelm mit einer zu meliorierenden Fläche von 1900 Hektar, weiterhin die Entwässerung des nördlich von Waghäusel liegenden Geländes auf den Gemarungen Derbhausen, Rheinhausen, Alluhheim und Neuluhheim mit einer Fläche von 700 Hektar und endlich die Entwässerung von Weiden, Gelände in demselben Umfang in den Bezirken Bruchsal und Wiesloch in den Gemarungen Wiesloch, Rauenberg, Malchenberg usw. Zunächst sollen die Verbesserungen in Angriff genommen werden, bei denen ein volkswirtschaftliches Interesse besteht, wobei finanzielle Beihilfen erfolgen. Die Absicht der Regierung geht dahin, von dem ganzen im Lande vorhandenen meliorationsbedürftigen Gelände soweit und so rasch als tunlich der Kulturverbesserung zuzuführen, damit aus dem Boden möglichst viel herausgewirtschaftet und der heimische Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen mehr als bisher im Inlande gedeckt werden kann. Leider erkennen noch nicht alle Gemeinden in Baden die große Bedeutung dieser Kulturverbesserungen, denn auf die diesbezüglichen Anfragen der Kulturinspektionen über das Bedürfnis nach Meliorationen haben nur 92 Gemeinden eine bejahende Antwort erteilt.

Die Preußen entnommenen Zahlen über die Meliorationen lassen sich nicht auf unsere Verhältnisse übertragen. Es ist zu beachten, daß die Kulturinspektionen auch dieses Tätigkeitsgebiet behandeln werden.

In Besprechung der Interpellation wünscht Abg. Duffner (Ztr.) baldige Inangriffnahme des Werkes, das alle Kräfte in Anspruch nimmt und bereit härteres Entgegenkommen der Kulturinspektionen in Einzelfällen. Die mannigfach zutage tretende Forderung auf Ausstodung von Wald hält der Redner für verfehlt; dagegen können, soweit nötig, Hochwälder in landwirtschaftliches Gelände umgewandelt werden. Statt sich durch fiskalische Bedenken beirren zu lassen, hätte man bereits früher an die Meliorationen herangehen sollen. Jetzt müssen wir daran. Abg. Rielbauer (Dem.) wünscht eine Statistik über das kulturbereitbare Oedland Badens und regt an, daß die jüngeren Beamten der Kulturinspektion in andere Bundesstaaten gehen, um von den dortigen Erfahrungen zu profitieren. Zuerst sollten bei den Meliorationen begierne werden beim Besitz des Staates, fern bei der Kirche, bei den Grundbesitzern und zum Schluß erst bei den Privaten. Die badischen Landwirtschaftslehrer sollten in stärkerem Maße zur Begutachtung herangezogen werden.

Minister Rückert weist auf die Widerstände hin, die den Meliorationen entgegenstehen. Wir haben 90 Arbeiter; hätten jedoch das zehnfache nötig. Die Arbeitslosen der großen Städte 2 1/2 mal auf dem Lande nicht haben. Ich bezweifle, daß die Zahl der Arbeiter erheblich steigt. Ein Waldausstodungen ist eine weitere Anzahl Arbeiter beschäftigt, die die Zahl 500 jährlich übersteigt. Durch unser Siedlungsgeheß wollen wir erwirken, daß demjenigen sein Acker weggenommen wird, der ihn nicht richtig bebaut. Leider mußten wir das Gezeig zurückziehen. Jede Arbeit ist heute ein Stück Meliorationsarbeit; vor allem erhalten wir durch stärkere Kohlenförderung Düngemittel. Das wichtigste bleibt Förderung des Bodenertes. Das neben den staatlichen Einrichtungen besondere Institutionen der Landwirtschaftskammer geschaffen werden, die sich gleichen Zwecken wie der Staat widmen, dagegen muß ich mich wenden. Sonst werden der Landwirtschaftskammer keine Schwierigkeiten gemacht.

Abg. Arnold (Soz.): Die fünfjährige Modade zwang uns neues landwirtschaftliches Gelände zu schaffen. Was nutzbar angelegt werden kann, muß angelegt werden. Bei den Donau- und Mainabtales ist nur ein kleiner Teil in Angriff genommen; hier müßte der Gewinnung von Futtermitteln Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ich vermieße vor allem auch das sog. billige Vieh, das entwertet werden müßte. Ich bedauere auch, daß sich die freien Wassergenossen nicht bilden. Hier wäre vor allem der Braubrain in Betracht; erst muß die Regierung von ihrem Rechte Gebrauch machen. Dann ist auf die Gebiete der Grundbesitzer und Landesherren hinzuwirken, die

nichts zur Gewinnung und Verbesserung von Gelände tun. Wenn wir der Entfaltung das Wort reden, so deshalb, weil kein deutsches Land um so viel Waldgelände zunahm als Baden. 1894 hatten wir 858 576 Hektar landwirtschaftliche Fläche, 1913 879 000 Hektar, nur eine Abnahme von 20 613 Hektar. Die Waldfläche stieg dagegen von 566 261 Hektar auf 588 868 Hektar. Wir müssen jeden unserer heimischen Bedarf so weit als möglich bei uns selbst herzustellen. Bei den Kulturarbeiten muß für die Arbeitslosen Arbeit geschaffen werden. Die Arbeitslosigkeit hat sich bedeutend gehoben; dies sollte auch einmal festgestellt werden. Wir sind für angemessene Preise landwirtschaftlicher Produkte. Weltmarktpreise sind jedoch unmöglich; denn dann würde der Laib Brot auf 12-15 M. kommen.

Abg. Weiskopf (Ztr.) bezeichnet als die notwendigste Aufgabe die Steigerung der Produktion. Kulturverbesserungen sollten in erster Linie da gemacht werden, wo die Bonität des Bodens baldige Erträge sichert. Einzelne Projekte der Kulturverbesserung sollten der Landwirtschaftskammer zugewiesen werden; dann wird sich zeigen wer am besten arbeitet.

Abg. Gothein (Dem.) weist darauf hin, daß im Rheinland und in Hessen in Bezug auf Meliorationen mehr fortgeschritten ist als in Baden. Von der herabstürzenden Weinheimer Allende bis zur Engländerung bleibt noch viel zu tun. Wenn nicht genügend gehandelt, so liegt es an den Beteiligten; die Kulturinspektion trägt die Schuld nicht. Der übertriebene Individualismus verhindert Verbesserungen und erhöht die Kosten des Vereinigungsverfahrens. Eine Vereinigung der Landwirtschaft kann auch die Siedlungsarbeit nicht erreichen. Sie kann nur Einzelheiten leisten. Frisch angelegte Wälder sollten nicht ausgetrocknet werden; hier kommen nur Hochwälder in Betracht. Daß die Arbeitslosen der Städte für die Kulturarbeiten nicht zu verwenden sind, glaube ich. Es müßte hier zur Naturerleichterung zurückgegriffen werden und die Bauern mit ihren Hilfsarbeitern für diese Allgemeinleistung beigezogen werden.

Arbeitsminister Rückert: Wenn der Landtag sich auf den Standpunkt stellt, daß die Arbeitslosen nicht bei den Kulturverbesserungen zu gebrauchen sind, wird es der Regierung unmöglich gemacht, den Landwirten zu empfehlen, wenigstens einen Versuch damit zu machen. Die Siedlungsarbeit wird, wenn die Arbeit in Hagenbüsch erledigt ist, neue Aufgaben erhalten. Ueberschreiten diese Aufgaben ihr Können, so müssen Lochtergesellschaften gegründet werden.

Abg. Vertke (D.M.): Die Zunahme der Wälder kam von den niedrigen Preisen landwirtschaftlicher Produkte vor dem Kriege. Auf das Land sollen stickstoffhaltige Düngemittel kommen. Abg. Regelmaier-Langenbrüden (Ztr.) meint, daß tausend Jahre vergehen würden, bis die Arbeitslosen die Arbeit ausgeführt hätten. Abg. Duffner (Ztr.) gibt zu, daß sich die Arbeitslosigkeit gehoben habe; doch bestohe immer noch vielfach Arbeitslosigkeit. An die Leute, die nicht arbeiten wollen, denkt niemand. Abg. Wösch (Soz.) weist darauf hin, daß die Tagelöhner jetzt einen Tagelohn von 18 M. haben. Das ist doch nicht zu hoch. Die Lohnfrage darf bei den Meliorationen nicht aus dem Auge gelassen werden. Von Regierungsdirektoren wird darauf hingewiesen, daß die Schuld, weshalb in den letzten zwei Jahrzehnten nicht genügend melioriert wurde, nicht die Landesbehörden trifft. Die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer wird von uns nur begrüßt. Bei der Arbeitstellung muß jedoch die Landeskulturbehörde den kulturtechnischen Teil in der Hand behalten. Abg. Arnold (Soz.) stellt fest, daß der Zugang in die Stadt nicht nur von Arbeiterkreisen herrühre, sondern daß es häufig Söhne und Töchter besitzender Kreise vom Land sind, die die Lage dazu zwingt. Abg. Duffner (Ztr.) betont, daß die Arbeiter der Fabrikarbeit den Wozug geben vor der landwirtschaftlichen Arbeit. Nach kurzem Schlusswort des Abg. Schön (Dem.) wird die Beratung der Interpellation geschlossen.

Die Kommission zur Behandlung der Fragen der Verrentlichung setzt sich wie folgt zusammen: Vom Zentrum: Dr. Baumgartner und Köhler; von den Sozialdemokraten: Dietrich und Götchner; von den Deutschnationalen: Mater-Karlsruhe.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 26. Februar, nachm. 3 Uhr. Tagesordnung: VIII. Nachtragsset und VII. Nachtragsset.

Schluss der Sitzung: 1 Uhr.

Auf Einladung des Finanzministers und des Badischen Landestheaters, das unter der Leitung des Intendanten Fuchs sich mit bestem Erfolg bemüht, die Traditionen der Karlsruher Bühne mit modernen Strömungen harmonisch zu vereinigen, leitete heute abend der Badische Landtag einer Einladung zum Besuch des Wagnerischen Weibesspiels „Parsifal“ Folge, wobei die Wiedergabe des Festspiels unter Cortolozis Leitung auf der Höhe der bisherigen Aufführungen stand.

VIII. Nachtragsset.

Der foeben herausgegebene 8. Nachtragsset setzt sich zu weit aus den durch die sprunghafte Erhöhung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel und der notwendigen sonstigen Gegenstände des täglichen Bedarfs sich ergebenden Steuerungs- und Lohnerhöhungen zusammen. Es werden angefordert an Steuerungsmaßnahmen für Hinterbliebene von Hauptlehrern vom Unterrichtsministerium 484 000 M., vom Finanzministerium für zuruhgekehrte etatsmäßige Beamte, Volksschullehrer und Hinterbliebene 5 702 000 M., für Steuerungsmaßnahmen für Beamte, Bedienstete und Lehrer 14 262 000 M. Bei Verkehrsanstalten werden angefordert für Tagelöhner (ausschließlich Wohnunterhaltungs- und Werkstättenarbeiter) 10 250 000 M., für Wohlfahrtszwecke 14 551 500 M., an Löhnen der Bahnunterhaltungsarbeiter und Beschaffung der Baustoffe 4 750 000 M., an Löhnen der Werkstattearbeiter 7 500 000 M. An Einnahmen werden verzeichnet vom Finanzministerium Ertrag der Eisenbahnverwaltung für die Steuerungsmaßnahmen für zuruhgekehrte Beamte und Hinterbliebene 2 806 500 M. und an Vorkaufskrüderhaltung der Badischen Lokalbahn A. G. 220 000 M. Die Eisenbahnschuldentilgungskasse verzeichnet an eigentlichen Ausgaben 42 260 325 M. zur Deckung der Restbeträge beim Eisenbahnbetrieb und bei der Boden- und Seefahrt, 700 000 M. Schuldsinsen, 13 243 100 M. Bauaufwand; insgesamt 56 203 425 M., die auf der Einnahmeseite auszugleichen sind durch eine gleich große Schuldaufnahme in Form von Schuldverschreibungen, Ausgabe von Schatzanweisungen oder Wechseln.

Sur Frage der Reduktionsanleihe. Die Abgeordneten Maier-Heidelberg (Soz.), Dr. Gothein (Dem.), Dr. Fejer (Dem.) und Schneider-Heidelberg (Ztr.) haben mit Unterstützung der übrigen Heidelberger und einer Reihe anderer Abgeordneter im Landtag folgende förmliche Anfrage eingebracht: „In welchem Stadium befindet sich die Frage der Reduktionsanleihe? Was gedenkt die Regierung zu tun, um in dieser Angelegenheit die Interessen der anliegenden badischen Gemeinden zu wahren?“

Neue Gesetzentwürfe im badischen Landtag. Im badischen Landtag sind mehrere neue Gesetzentwürfe zur Verteilung gekommen: Zwei mehrere Gesetzentwürfe befaßen sich mit Angele-

Die Not im sächsischen Erzgebirge.

Von Erwin Barth.

Ich habe Anfang Februar Gelegenheit genommen, mich an Ort und Stelle über die Lebenslage der Erzgebirgsbevölkerung zu unterrichten. Ich war in verschiedenen Dörfern und Städten, habe Fühlung genommen mit den Behörden, Lehrern, Arbeitervertretern und mit zahlreichen Familien, die ich besuchte. Das Resultat ist erschütternd!

Die Bevölkerung des sächsischen Erzgebirges gehört zu jenen ruhigen, biederkeitigen, bescheidenen und lieben Leuten, die am glücklichsten sind, wenn niemand von ihnen spricht. Aber bei aller Glückseligkeit auf ihre Charakterart muß jezt von ihr und von ihrem vernichtenden blutigen Elend gesprochen, nein geschrieben werden, um ihr zu helfen und diesen selten arbeitsschreudigen, genügsamen Menschenhaufen, diesen wertvollen Bestandteil der deutschen Wirtschaftskraft zu erhalten.

Das Erzgebirge war immer arm. Aber seine prähistorisch bestehende Bevölkerung verstand die Kunst, auch mit kleinsten Mitteln ein bühnen Lebensgüß zu zimmern. Diese Kunst vermag heutzutage, weil in tausend und aber tausend Familien nicht einmal das Wenige mehr da ist, was zum Prüfen des nackten Lebens erforderlich ist.

Die gesamte Ernte des sächsischen Erzgebirges hat der frühe Winter vernichtet. Der Regen ist nicht reif geworden, das Korn ist vielfach, als es in Rippen stand, unter den Schneeecken gelommen. Der Hafer, der Flachs, die Kartoffeln, das Kraut, die Rüben und das Grummet selbst — die ganze Arbeit und die ganze Hoffnung des Gebirgsbauern und des Gütlers — sind durch Schnee und Frost vernichtet worden. In den Hütten und Häusern der durchweg kleinen Leute fehlt es an notwendigsten für den Magen, fehlt es an den alleprimittivsten und absolut unentbehrlichsten Wäsche- und Bekleidungsstücken, fehlt es häufig an jeglichem Heizmaterial, fehlt es an Milch für die Kinder und Kranken, dort wüten Hunger und Krankheit unter Erwachsenen und Kindern, Malaria, Typhus, Strophulose und in besonders erschreckendem Umfange die tuberkulose zerstören dort in größtem Maße wertvolles Menschenmaterial.

Ganze Familien an Unterernährung krank! Kinderreiche Familien, in denen kein Kind ist, das nicht an Malaria verstorben, Familien, in denen Frau und Kinder zusammen ein Paar Schuhe haben und nicht jedes ein Paar Strümpfe und nicht jedes ein Hemd oder einen zusammengeknüpften Fogen, den man als solches anspinnen könnte. In mindestens 80 Prozent der Häuser, die ich besucht habe, kein Bettuch über dem lose in der Pfanne liegenden Stroh und keinen Bettüberzug, auch keine Fensterordnungen und Schürzen mehr; sie sind all ein Leibwäsche und Kleidungsstücke verarbeitet. Kinder, die während die Mutter auf Arbeit ist, nicht zum Kinderhort und im Winter nie aus der Stube können, weil sie keinerlei Schutz haben. Schulfinder, die erst dann zur Schule können, wenn ein Geschwister von der Schule zurückkommt und das einzige Paar Schuhe von den Füßen zieht, um es dem nächsten abzutreten. Bei regnerischem Wetter sind, nach Aussagen der Lehrer und Schuldirektoren, bis zu 10 Prozent aller Kinder aus Mangel an

Schutzzeug am Schulgang verhindert. In jeder Schulklasse eine Reihe von Kindern, die kein Hemd auf dem Leibe und bis zur Mittagszeit noch keinerlei Essen im Magen haben. Kleinere Kinder, die während des ganzen Winters nicht an die Luft gekommen sind, weil sie weder Schuhe noch Strümpfe haben. Schulknaben, in denen der Arzt besonders heruntergekommene Kinder für die Herausführung im künftigen Auslande ausfinden soll und dem Hinblick des Elends in den verarmtesten auf abspricht: „Hier gibts nichts zu unterrichten — die ganze Klasse muß fort!“

Ganze Dorfchaftsgruppen mit einem Durchschnittsgewicht der Frauen mittam den Kleibern von 80 Pfund. Lehrer, die voll Bergweisung sind angesichts des Elends der Kinder, von denen 1/2 bis 3/4 unterernährt sind. In der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg 25 000 von den Gemeindeführern als unterernährt gemeldete Kinder. Die noch lange nicht alle feststellende Totenziffer stellt eine Erhöhung der an Tuberkulose Erkrankten auf das 6- bis 8fache fest.

So sieht in kurzen Stichworten zusammengefaßt die Notlage der Bevölkerung namentlich des westlichen Erzgebirges und des oberen Vogtlandes aus. Nein, es sieht viel schlimmer aus. Die armen Leute haben aber nur ein sehr bloßes Bild von dem zu geben, was das Auge an Hunger und Not und Lebens- und Kraftlosigkeit infolge des Hungers erschaffen kann.

Dort oben sind viele Tausende von Menschen dem Untergang gemeißelt, wenn nicht sofort alle Kräfte mobil gemacht werden, um zu helfen und zu retten und den ungeheuren harren Druck, der auf diesen Menschen wuchtet, abzuschwächen.

Als ich im Jahre 1916, als die Not grauam auf die Arbeiterchaft im sächsischen Erzgebirge (meinem alten Wahlbezirk) brüllte, in der Chemnitzer „Volkstimme“ das grenzenlose Elend schilderte, eröffnete die Behörden den Genossen Roste (damals Redakteur der „Volkstimme“), jezt Reichsminister, das Wort werde kurzerhand verboten werden, wenn ich mit solchen Elendschilderungen fortfahren sollte. Roste antwortete, diese Drohung werde weder ihn noch mich berühren können, davon Abstand zu nehmen, das zu sagen, was einfach gesagt werden muß. Die ehemals königlich sächsischen Behörden untertrafen an Kurzschichtigkeit und logischem Unverständnis den traditionellen Unverstand der meisten deutschen Behörden. Wir haben uns notleidlich nicht einschüchtern lassen und schließlich auch Maßregeln zur Hilfeleistung durchgesetzt. Die Schilderungen des Genossen E. Barth sind leider nur zu wahr. Die armen Menschen in den Tälern und auf den Bergen im Erzgebirge leiden seit Jahren unendlich schwer unter der Not, die der Krieg besonders über jenes deutsche Gebiet gebracht hat. Es leiden in einem Maße und Umfange, von dem man sich hier in Süddeutschland keine Vorstellung machen kann, so schwer auch hier für die ärmere Bevölkerung das Leben geworden ist. Wohl hat die seit dem 9. November 1918 von Sozialdemokraten geführte sächsische Regierung getan, was in ihren Kräften stand, um den Proletariats im Erzgebirge zu helfen, aber viel konnte sie leider nicht tun. Arme und tapfere erzgebirgische Proletariats! Mächtige es doch bald gelingen, wenigstens eurem furchtbaren Elend zu steuern.

Georg Schöpflin.

gehörten der Jagd. Zunächst liegt eine Abänderung des Jagdgesetzes vor und im Zusammenhang damit steht der Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Verwaltungsgebührengesetzes, in dem die Taxen für die Ausstellung von Jagdpässen erhöht werden, und zwar für Jahresjagdpässe an Anländer von 30 auf 100 M und für Ausländer von 100 auf 1000 M, für Jagdausscheiter von 30 auf 50 M, und für die Ausstellung von Wochenjagdpässen von 5 auf 25 M. Falls dieser Gesetzesentwurf Gesetzeskraft erlangt, sind die Strafbestimmungen für die Ausübung der Jagd ohne Jagdpass, die bisher eine Geldstrafe von 20 bis 150 M verkraften, durchaus unzulänglich. Die Geldstrafen sollen deshalb künftig 100 bis 1000 M betragen in allen Fällen, wenn jemand ohne Jagdpass die Jagd ausübt, oder wer seinen Jagdpass einem anderen zur Verfügung überläßt. Niedrige Geldstrafen kommen nur noch in Anwendung bei Schlingenstellen oder bei der Jagd mit Laufhunden oder beim Einfangen von Wild während der Schonzeit. — Ein dritter Gesetzesentwurf behandelt die Abänderung des Ortskirchen- und Landeskirchensteuergesetzes. Es handelt sich dabei u. a. darum, daß für die Wahlen die einzelnen Kirchen und Religionsgemeinschaften auch Stimmrecht und Wahlbarkeit auf das weibliche Geschlecht ausdehnen können und das Wahlalter auf 20 Jahre herabzusetzen vermögen. Ferner legt der Gesetzesentwurf den Steuerfuß für die Kirchensteuer fest.

Badische Politik.

Gott und der nächste Krieg.

In einer Betrachtung eines militärischen Mitarbeiters über das Ende des deutschen Verlaubtenlandes heißt es in der „Süddeutschen Zeitung“:

„Reserve hat Ruhe, doch so Gott will nicht für immer! Mit dem Verlaubtenland ist nicht nur ein schönes Stück deutscher Heeresgeschichte, sondern auch deutscher Kulturgeschichte — hoffentlich nur vorläufig — dahingeschwunden. Reserve, Landwehr und Landsturm wird im deutschen Volke untergehen sein, und wenn das Vaterland ruft, wieder zu den sieggewohnten Fahnen eilen.“

Abgesehen von der Gotteslästerung und der ungewollten Ironie über die „sieggewohnten Fahnen“ sind dies immer noch die gleichen heillosen Herausforderungen, mit denen unsere Jünger den Weltkrieg herbeiführten, herbeiführten und schließlich verloren.

Abgesehen von der Gotteslästerung und der ungewollten Ironie über die „sieggewohnten Fahnen“ sind dies immer noch die gleichen heillosen Herausforderungen, mit denen unsere Jünger den Weltkrieg herbeiführten, herbeiführten und schließlich verloren.

Beihilfen des Kreises für heimkehrende Kriegsgefangene.
Heimkehrende Kriegsgefangene, die vor dem Krieg als Handwerker oder Gewerbetreibende selbständig waren und zur Wiedererrichtung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit einer Beihilfe bedürfen, werden auf die bei den Kreisämtern des Landes eingerichtete Mittelstandshilfe aufmerksam gemacht. Die Beihilfe besteht in der Leistung von Zinszuschüssen für Darlehen, welche Kreditgenossenschaften oder sonstige Kreditanstalten oder Gemeinden aus eigenen Mitteln an die hilfsbedürftigen Mittelstandsangehörigen ihres Bezirkes gewähren, ausnahmsweise in der Hingabe von Darlehen, die im Regelfalle den Betrag von 3500 M, in Ausnahmefällen 5000 M nicht übersteigen sollen und in Teilbeträgen in fünf Jahren zurückbezahlt werden sollen. Der Zinsfuß für solche Darlehen ist auf 3 Prozent festgesetzt. Voraussetzung der Gewährung der Beihilfe ist, daß der Antragsteller Reichsanwehrender ist und in der Regel mindestens 1 Jahr vor Kriegsausbruch in Baden gewohnt hat, daß die auf anderem Wege nicht zu besetzende wirtschaftliche Notlage des Antragstellers durch den Krieg herbeigeführt ist und durch Gewährung der Hilfe die dauernde Wiederaufrichtung des selbständigen Betriebs des Antragstellers zu erwarten ist, und ferner, daß er ordnungsmäßige Bücher führt und sich bereit erklärt, den Beauftragten der Kreisbehilfskommission auf Verlangen jederzeit Einsicht in seine Bücher zu gewähren. Nähere Auskunft für die Angehörigen des Kreises Karlsruhe erteilen die Bürgermeisterämter des Kreises oder das Sekretariat des Kreisamtes Karlsruhe (Karlsruhe 16).

Gewerkschaftliches.

Zentrale Regelung der Zulagen der Gemeinde- und Staatsarbeiter für ganz Baden.

Nachdem die Reichs- und verschiedenen Landesregierungen mit einer zentralen Regelung der Zulagen an ihre Arbeiter vorangegangen sind, hat nun auch der Bad. Städtetag unter Führung des Herrn Oberbürgermeister Dr. Watz-Geibelberg, und der Verband der mittleren Städte unter Führung der Herren Bürgermeister Dr. Renner-

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landestheater.

Im „Troubadour“ gab es am letzten Mittwoch zwei Gäste zu hören. Gastspele auf Engagement? Es ist nichts darüber bekannt. Jedenfalls: die Stelle des ersten lirischen Bariton wird frei; diesen Groß-Rumdarsteller soll die Leitung im Auge behalten. In re Aldori-Berl — Name ist Schall und Rauch — verfügt über eine prächtige Gestalt und eine warme, äußerst wohlklingende Stimme. Die unglückliche Mischung seines Kostüms aus Don Juan und Lohengrin (in ungeklärter Verteilung: Don Juan oben und —) war es nicht, die den Wunsch erweckte, den Sänger einmal als richtigen Don Juan zu hören, vielmehr war es der durchaus vorläufige Eindruck, die diesen Wunsch zur Bitte werden läßt. — Der Marico sang Adolf Dimand (wogu das „o“) aus München. Dem vornehmen Künstler fehlt leider die nötige Mittelstufe in der Stimme. Schade; zwischen der zwar etwas scharfen aber doch im großen Ganzen echten Höhe und der angenehmen Tiefe entzieht so ein Spalt, der das Gefühl erwecken kann, als wohnen hier zwei Stimmen — ach — in einem Halse. Das Spiel ist famos. Der Regisseur „sein“ statt „mein Leben“ zeigt von großer Weisheit. Gottfried Hagedorn als Fernando verdient Erwähnung, Margarete Bruntz sang wieder die Aguzena mit gewohnter Ausdruckskraft. Musikalisch muß das herrliche Werk wieder einmal gründlich vorgenommen werden. Trotz der merkwürdigen Mühe, die sich das Orchester unter Wilhelm Schwegge gab, ist es unbedingt notwendig, auch die letzten Erinnerungen an irgendwelches Kurkonzert zu verflüchten. Der Hintertreppensinn des Textes muß verdeckt werden von durchdachter musikalischer Erathheit; denn eins muß man bedenken: Verdi fällt in einer Szene mehr ein als einem Richard Strauß in einem ganzen Jahrzehnt. . . s. k.

Der Theaterkulturverband. Anfang März erscheint, von der Zentrale herausgegeben, das besonders umfangreiche neue Doppelheft der Dramaturgischen Berichte, die mit zahlreichen Fachmännern zusammen von Dr. Ernst Leopold Stahl bearbeitete Singpielnummer. — Die nächste größere Aufgabe, die der Theaterkulturverband sich nach Erscheinen des Singpielhefts gestellt hat, ist eine Rundfrage über das Jugendvorstellungswesen (Kinder- und Schilervorstellungen), welche an die deutschen Volks- und deren höheren Schulen gerichtet werden wird. Sie wird von Dr. Hans Lebede, einem Spezialkenner dieses Gebiets, und vom Generalsekretär Dr. Ernst Leopold Stahl vorbereitet.

Asiatt und Schemenou-Verleihen eine zentrale Regelung für die Gemeindearbeiter von bereits ganz Baden vorgenommen. Das ist außerordentlich begrüßenswert, indem für beide Seiten nicht nur die Arbeit erspart wird, sondern auch unliebsame Kämpfe und Auseinandersetzungen gerade in den für die Gemeinden lebenswichtigen Betrieben, Gas, Wasser, Elektrizitätswerken usw. vermieden werden. Jedenfalls ist eine solche Abmachung weit wirksamer wie die beste „technische Nothilfe“, deren gutes Funktionieren im gegebenen Augenblick doch recht zweifelhaft sein dürfte. Die Abmachung ist umso mehr zu beachten, als ihre Durchführung zweifellos erheblich schwerer ist, als wie beim Staat, da die Mitglieder der Städteterritorien nicht in disziplinärer Abhängigkeit von ihrer Leitung stehen, ja nicht einmal ein straffes Statut haben und haben können, das sie zur Einhaltung der getroffenen Abmachungen in aller Form zwingt. Umso mehr muß es Aufgabe jeder einzelnen Mitgliedschaft sein, die Vereinbarung richtig und vollinhaltlich anzunehmen, als sie dadurch auf Neue ihr Verständnis für die Notwendigkeiten der jetzigen Zeit und ihre Vertragswürdigkeit auch ohne festes Statut beweisen können.

In den Abmachungen sind u. a. vorgesehen: In den Städten unter 8000 Einwohnern Zulagen von 4—8 M täglich, je nach Klasse und Alter; über 8000 Einwohnern 6—10 M täglich; in den 5 größeren Städten (Pforzheim, Heidelberg, Freiburg, Mannheim, Karlsruhe) 8—12 M täglich. Die Sätze sind Mindestsätze, wozu noch Kinderzulagen von 20 M monatlich kommen. Frauen erhalten 75 Prozent dieser Sätze. Die Abmachungen haben Rückwirkung vom 1. Januar ab.

Gemeindepolitik.

Zusammenschluß der Standesbeamten. Am 16. ds. Monats traf sich in Karlsruhe die Amtsvorstände der größeren badischen Standesämter zur Besprechung über die Stellungnahme der badischen Standesbeamten zu der beabsichtigten Abänderung des Reichsberufsanwaltschaftsgesetzes. Es wurde beschlossen, eine Vereinigung der süddeutschen Berufsstandesbeamten herbeizuführen. Ein Zustimmungsschreiben der Württembergischen Standesbeamten zu diesem Plan lag bereits vor. Nach erfolgtem Zusammenschluß soll die süddeutsche Standesbeamtenkonferenz zusammenreten, um Vorschläge über die Vereinfachung der Justizstandesbeamten, Vereinheitlichung der ländlichen Ausführungsvorschriften, einheitliche Regelung der Gehaltsverhältnisse und ähnliches den dafür zuständigen Behörden zu unterbreiten. Gleichzeitig soll die Bildung einer Reichsvereinigung der Berufsstandesbeamten versucht werden.

Aus dem Lande.

Heidelberg, 19. Febr. Am Faschingsdienstag geriet in der Rohrbachstraße ein Anba, der sich mit einem andern mit Prüßenschlagene neckte, unter die Elektrizität, wobei ihm ein Fuß abgetrieben wurde. — Auf der Straße St. Leon-Heiligen wurde von einem Wagen eine Kiste mit 7000 Zigaretten gestohlen.

Mannheim, 20. Febr. Zu schweren Ausschreitungen kam es bei der Verhaftung des 23jährigen Tagelöhners Richard Leumann. Er hatte seine Geliebte, eine 19jährige Arbeiterin, auf offener Straße niedergeschlagen. Als er in einem öffentlichen Hause der Gutemannstraße verhaftet werden sollte, begann seine Begleitung eine heftige und heftige Schlägerei gegen die Polizei anzunehmen, daß diese unverrichteter Sache abziehen mußte. Ein Schuhmann wurde durch einen Messerstich schwer verletzt.

Engen, 20. Febr. Einem geliebten Schwimder lag in der letzten Zeit viele Familien in der Paar und im Hegau zum Opfer gefallen. Der Schwimder führte schönen Kostümstoff für Damenkleider bei sich, von dem er aber nur bei gleichzeitiger Bestellung auf Hemdenstoff abgab. Das Geld für diesen Hemdenstoff ließ er sich aber gleichzeitig abbezahlen. Er verstand und von dem Stoff hat niemand etwas gesehen.

Singen-Hohenwil, 20. Febr. Das Hotel Viktoria und das Konzerthaus Burgdorf sind abermals auf behördliche Anordnung geschlossen worden, weil sie in öffentlicher Besannmachung eine freizügige Schließung in beleidigender Weise mitgeteilt hatten.

Gerichtszeitung.

Salvarsanumsgangler. Das Landgericht verurteilte den Freizeiter Otto Staujner und den Metzger Wilhelm Kopp, beide aus Fluorn bei Oberndorf a. N., wegen Handelns mit Salvarsan zu je zwei Monaten Gefängnis, 500 M Geldstrafe und zur Veröffentlichung des Urteils. Die Witwe Eva Braun aus Emmishofen wurde wegen verachteter Ausfuhr von Salvarsan und wegen Bestechung zu zwei Monaten einer Woche Gefängnis und zu 200 M Geldstrafe, ihr Sohn, der Kellerer Luitpold Braun, zu drei Monaten Gefängnis und 500 M Geldstrafe und zur Veröffentlichung des Urteils verurteilt. Die Kaufleute Heinrich von Bohlen-Salbach aus Karlsruhe und Friedrich Knoll aus Pforzheim wurden wegen Handelns mit Salvarsan zu je zwei Monaten Gefängnis, 300 M Geldstrafe verurteilt. Auch dieses Urteil soll veröffentlicht werden.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 20. Februar.
Verlängerung des städtischen Rechnungsjahres.
In Anknüpfung an die Regelung in Reich und Staat ist durch Verordnung des Badischen Ministeriums des Innern vom 19. Januar 1920 mit Wirkung vom 1. April 1920 das Rechnungsjahr der Gemeinden, das bisher mit dem Kalenderjahr zusammenfiel, auf die Zeit vom 1. April bis 31. März des kommenden Jahres verlegt und zur Ueberleitung in diesen Zustand das Rechnungsjahr 1919 bis 31. März 1920 verlängert worden. Der Stadtrat glaubte, den Weg einschlagen zu sollen, der zwar formell sich auf den Vorschlag 1919 stützt, die diesen Vorschlag in Einnahme und Ausgabe beizulegenden Sätze aber nicht einfach durch Verteilung der Aufträge des Voranschlags 1919 gewinnt, sondern den mutmaßlichen tatsächlichen Verlauf des Jahres 1920 auf Grund der dafür ausgefallenen vorläufigen Einzelvoranschläge zu errechnen versucht und den 4. Teil der so gewonnenen Beträge den Voranschlagsjahren 1919 zuschlägt.

Die Regierung des durch die Umlage zu bedeckenden Aufwandes beträgt 8 324 212 M. Sie ist in Anwendung des durch Gemeindefestsetzung vom 3. Dezember 1919 angenommenen Grundgesetzes über die Berechnung der Umlagen auf das Einkommen auf die für 1920 umlagepflichtigen Steuerwerte und Einkommensteuererträge in der Weise umzulegen, daß als 8. Nachtragsumlage des Rechnungsjahres 1919/20 zu erheben sind: 26 % von 100 M Steuerwert des Vermögensvermögens, Ertrag 1 239 670 M; 26 % von 100 M Steuerwert des Betriebsvermögens, Ertrag 652 092 M; 64 % von 100 M Steuerwert des Kapitalvermögens, Ertrag 400 525 M; 78 Prozent der Einkommensteuererträge, die nach dem Gesetz vom 4. November 1914 der Erhebung der staatlichen Einkommensteuer zu Grunde gelegt sind. Ertrag 5 833 443 M, zusammen 8 325 120 M.

Der Bürgerausschuß hat Freitag nächster Woche eine Zustimmung zu diesem Vorschlag gegeben.

Die finanziellen Verhältnisse der Stadt werden eine teilweise Umlagerung erfahren. Nur die Witwe aus der

Steuerwerten des Vermögens- und Betriebsvermögens verbleiben der Stadt, während in Zukunft auf die Steuern der Kapitalvermögens und der Einkommensteuer das Reich Beschlag legt. Die Schulden werden immer größer. Während die gesamten Schulden der Stadt am 1. Januar 1914 sich auf 52 468 300 M beliefen, sind sie am 1. Januar 1919 auf 89 426 784 M und am 1. Januar 1920 auf 134 213 888 M angewachsen, die ein Zinsenlast von 5 508 544 M der Wirtschaft auferlegen. Darunter befinden sich allerdings 16 200 000 M, die im November 1919 zur Beschaffung von Lebensmitteln aufgenommen worden und in kurzer Frist wieder zur Heimzahlung kommen. Die Höhe der erforderlichen Umlagen ist erschreckend zu nennen. Der gesamte ungedeckte Aufwand für das ganze Jahr 1920 berechnet sich auf 33 297 049 M, während sich noch im Jahre 1911 der gesamte Aufwand der Stadt auf 9 987 114 M belief.

Vorsicht bei Erlernung des Polier- und Dekorations-Gewerbes.

Von Gehilfenkreisen des Polier- und Dekorationsgewerbes erhalten wir folgende beachtenswerte Zuschrift:
Da die Zeit der Schulentlassung unserer Jugend heranrückt und der weitere Lebenslauf der Entlassenen entscheidend werden soll, ist es angebracht, solche Anknüpfungen über das Polier- und Dekorationsgewerbe etwas aufzuklären. Die meisten Eltern sind wohl der Ansicht, daß mit der Anfertigung eines Sofas, oder einer Matratze unsere Kunst vollbracht ist. In unserem Beruf wird von einem selbständigen Arbeiter sehr viel verlangt. Aber ein sehr großer Teil der Ausgelernten genügt den Anforderungen nicht, was die vielen Kolonate beweisen, die nach der Lehrzeit noch nachgezogen werden müssen. Auch ziehen es sehr viele Ausgelernte vor, ihr Brot als Hausbursche zu suchen. Das Dekorationsgewerbe verlangt außer Intelligenz gute natürliche Veranlagung, was man keinem Menschen eintrichten kann. Vorbeugung für einen Tapezierer ist gute Gesundheit. Schwache Personen werden bald der Berufskrankheit, der Tuberkulose verfallen. Auch bezeichnen die Verhältnisse von vielen Kleinmeister in unserem Beruf, deren großer Teil nur Scheinergebnisse sind, sehr deutlich die großen Fehler, die bei der Auswahl der Lehrlinge gemacht werden.

Also, ihr Eltern, denen das zukünftige Wohl eurer Söhne am Herzen liegt, gebt unserem Beruf nur solche Lehrlinge, bei denen obige Voraussetzungen bestimmt zu erwarten sind. Betragt euch vor Entscheidung der Lehrstelle bei der Berufsorganisation, Gasthaus „Drei Kronen“ Kronenstraße hier. m.

Sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion. Montag, den 23. d. M., abends 5 Uhr, Fraktionsitzung im kleinen R.-S. Voranschlagsberatung.

Sozialdemokratischer Verein. Wir machen jetzt schon auf den nächsten Donnerstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im „Friedrichshof“ stattfindenden öffentlichen Vortrag unseres Genossen Farrer Stolz-Kneiffen aufmerksam. Der Eintrittspreis beträgt für Mitglieder 50 Pf., für Nichtmitglieder 1 M. Karten sind im Vorverkauf in der Volkshandlung, Albrechtstraße 16, in der Expedition des „Volkshofes“, sowie bei den Bezirkskassierern und Vertrauensleuten der Partei jetzt schon zu haben.

Daglanden. Am nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet im „Karlshof“ eine öffentliche Frauenversammlung statt. Genossin Müller aus Karlsruhe wird über „Die Stellung der Frau im neuen Deutschland“ sprechen.

Wir möchten alle Frauen und Mädchen bitten, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es ist Ehrensache aller Parteigenossen, für einen guten Besuch dieser Versammlung zu agitieren.

Die neue Zeitaufwandsentschädigung der Stadträte. In einer dem Bürgerausschuß zugangenen Vorlage des Stadtrats wird beantragt, die Zeitaufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrats mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an auf jährlich 2000 M. festzusetzen, insofern sie das Amt eines Pflegers übernehmen, soll diese Entschädigung auf jährlich 3000 M. erhöht werden. Der Vorlage ist eine ausführliche Begründung beigegeben, aus der u. a. hervorgeht, daß ein Verzicht auf diese Entschädigung unzulässig ist. Die Frage der Gewährung von Zeitaufwandsentschädigungen an die Mitglieder der Stadt. Nominierungen soll zur Erledigung gebracht werden, sobald die gesetzliche Möglichkeit hierfür gegeben ist.

Richard Rehmel-Gedächtnisfeier. Der Arbeiter-Abstinenzantenbund will mit dieser Feier der Arbeitergeistliche geistliche Anregung und künstlerische Erbauung vermitteln und läßt alle, die dafür Veranlassung haben, freundlichst ein. Mitwirkende sind: Frau Birx (Regitation), Fräulein Dell (Gesang), beide vom Landestheater, Frau Girndt (Klavier). Die Feier findet nachmittags 3 Uhr im Saal des Reformgasthauses Kirten, Kaiserstraße 56, 1. Et., statt.

Brauchen Sie Karotten, Eier, Butter, Mehl? Mit dieser Frage hat letzter Tage eine etwa 25—30jährige Frauenperson in der Aufmachung einer biederen Bäuerin so ziemlich alle Wohnungen in der Gegend der Scheffel- und Goethestraße abgeloipst und dabei den Hausfrauen folgende Kollektaufgaben angeboten: Karotte 25 Pf. pro Zentner, ein Pfund Butter ebenfalls für 25 Pf., Mehl 5 M. Weizenmehl 2 M., Milch 150 M für das Liter, Eier für 150 M pro Stück. Die Bestellungen teilten der Hausfrauen waren natürlich sehr umfangreich und wurden von der „Bäuerin“, die angeblich aus Kleinreinsbach zu sein (was aber kaum wahr sein dürfte), mit Sorgfalt in ein Notizbuch eingetragen. Die Befragung der bestellten Waren sollte am festlichen Abend erfolgen, ist aber nicht ausgeführt worden. Die Person hat es ziemlich sicher nur auf freiwillige Anzeigen abgesehen und die Polizei wird auf tun, sich diese „Bäuerin“ aus Kleinreinsbach etwas anzusehen. Möglicherweise handelt es sich auch um eine geistesgestörte Person.

R. Kintheim. Kaninchen- und Reproduktionen. In den meisten Kreisen der Bevölkerung war die Meinung vertreten, daß nach dem Kriege die Kaninchenzucht rapid zurückgehen würde, die ja bekanntlich während des Krieges einen kolossalen Aufschwung genommen hat. Daß dies nun nicht der Fall ist, beweisen die großen Mitglieder der Kaninchenzuchtvereine. Auch wird die große lokale Kaninchen- und Reproduktion am Samstag, 21. und Sonntag, 22. Februar, in Kintheim stattfinden. Veranstaltung wird die Ausstellung vom Kaninchen- und Geflügelzuchtverein in dem hellen neuen Saal des Gasthauses zum „Schwanen“ daselbst. Zur Ausstellung kommen circa 140 Nummern Kaninchen aller Rassen, darunter Hasen, die hier noch wenig gezeigt wurden. (Nächstes siehe Inserat.)

Weschnagel wurde bei einer Familie in der Waldhornstraße hier 61 Pfund Weizenmehl, 117 Pfund Brotmehl und 44 Pfund Mehl, welches im Wege des Schmuggels erworben wurde.

Diebstahl. Einem Landwirt in Daglanden wurden in der Nacht vom 17. auf 18. ds. Monats aus einer Miete im Gehweg Brunnenacker 30 Zentner Lärchen im Werte von 500 M durch unbekannte Täter entwendet. In der Nacht vom 18. auf 19. ds. Monats erlitt ein Unbekannter ein Fenster der kleinen Kirche hier und entwendete daraus 2 Talare und eine Altardecke im Werte von 1750 M.

Auszeichnung. Von der Technischen Hochschule ist dem Gelehrten Kommerzienrat Robert Sinner in Karlsruhe in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Schaffung einer bedeutenden und wirtschaftlich sehr wertvollen Industrie durch die Schaffung der Gärungschemischen Industrie durch Schaffung großer, vorbildlicher technischer Anlagen und Einrichtungen die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen worden.

Landestheater. „Moral“, Komödie in 3 Aufzügen, Ludwig Thoma's erfolgreichstes Bühnenwerk, wird wieder im Spielplan aufgenommen und geht am Freitag in dieser Woche in Szene. Herr Urici spielt erstmals den Kommerzienrat von Schmettau, Herr Gast den Dichter Hans Jakob Dobler und Fräulein Steffi Bekke die Tochter Effie. Die Spielleitung liegt in den Händen des Herrn Baumhach.

Hans Schab, bisher als Kolonist am Badischen Landestheater in Karlsruhe mit kleineren Aufgaben betraut, ist als jugendlicher Charakterdarsteller und Liebhaber an das Stadttheater in Augsburg verpflichtet worden und hat die Stelle bereits angetreten.

Veranstaltungen.

Musikgeschichtliche Aufführung des Münchner Konservatoriums. Sonntag, 22. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Eintrachtssaal als 4. musikgeschichtliche Aufführung eine Bühnenaufführung von „La serva padrona“ (Die Waise als Herrin) von Pergolesi statt. Diese Oper, welche sich noch auf dem Repertoire erhalten hat und vor etwa 30 Jahren in einer späteren französischen Bearbeitung aus hier unter Wolff gegeben, ist von dem jetzt nach Leipzig in Stelle Niemanns berufenen Musikprofessors Albert wieder im Original herausgegeben. Sie ist das Werk der komischen Oper, wie sie sich von Italien aus über Frankreich und die ganze Welt verbreitet hat. Die Partien liegen in Händen von Fel. Friedrich vom bad. Landestheater, von Herrn Otto Wechscher und Herrn Heinrich Quaterner. Das Interesse in hiesigen Musikkreisen für die Veranstaltung ist ein reges. Karten sind in allen Musikalienhandlungen erhältlich.

Kunstabend. Wie weifen auf den am Sonntag, 22. Februar, abends 7 Uhr, im Saale des Arbeiterbildungsvereins stattfindenden Kunstabend hin, den Herrn Stürmer für das wertvolle Bild beauftragt. Die Mitwirkenden Frau Stürmer (Violone) und Herr Klingerhänger Reuhaus sind so wohl bekannt, daß es nicht nötig ist, sie besonders einzuführen. Es ist zu wünschen, daß dieser erste Versuch solche Abende regelmäßig einzurichten, nicht am schlechten Beispiel scheitert, jedoch das ganze Unternehmen wieder aufgegeben werden müßte. Alle, die sich für die Kunst interessieren, denen sie etwas gibt, müssen kommen. Karten in der Expedition des Blattes, der Gewerkschaftszentrale und den Geschäftsstellen des Arbeiterbildungs- und Volksbildungsvereins.

Songert. Am 2. März wird im Eintrachtssaal das Stuttgarter Kammer-Orchester, die Herren Otto Baumann (Violone), Hans Köhler (Viola), Hans Rind (Violoncello), unter Mitwirkung der Kammerfängerin Fräulein Rhoda von Gledh, erste Soloraturfängerin des Württ. Landestheaters in Stuttgart einen Kammermusik- und Viederabend geben, auf den wir aufmerksam machen möchten. Die geschäftliche Leitung liegt in den Händen der Musikalienhandlung Fr. Doert, Alterstraße.

Kleine Nachrichten.

Frankfurt a. M. Donnerstag vormittags gegen 11 1/2 Uhr wurde ein Raubüberfall auf das Juweliergeschäft Fräutlich in der Goethestraße verübt. Ein Mann geriet mit einem Badknecht das Fenster und raubte zwei Stübe mit Ringen, sowie andere Schmuckstücke im Werte von 30000 M. Dann schwang er sich auf ein langam vorbeifahrendes Automobil, das infolge des dichten Nebels entkam. Der Raubüberfall war in eine französische Zeitung eingewidelt, so daß man annimmt, daß man es mit Verbrechern aus dem belgischen Gebiet zu tun hat.

Berlin. Der Oberreichsanwalt vom Reichsgericht Dr. Schweigert trifft heute aus Leipzig hier ein, um mit dem Reichsjustizminister Schiffer Rücksprache über das Gerichtsverfahren wegen der Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen zu nehmen.

Berlin. Die Wahlen zum Studentenparlament haben an der Berliner Universität eine gewaltige Mehrheit für die nationale Studentenenschaft gebracht.

Bremen. In der Nacht zum 18. Februar starb an den Folgen der Grippe der frühere Reichstagsabgeordnete S. Dornann. **Mailand.** Nach Informationen des „Corriere della Sera“ ist die Kolonien in den letzten Tagen besonders schwierig geworden. Das Verkehrsministerium bereitet ein neues Dekret vor, das Einschränkungen im Kohlenkonsum und neuerliche Einschränkungen im Eisenbahnverkehr vorseht. Es soll eine Erhöhung der Eisenbahntarife sowohl der Personen- wie des Güterverkehrs in Aussicht genommen sein.

Paris. In der heutigen Versammlung des nationalen Pressebundes ist beschlossen worden, die Regierung zu erwidern, den

Preis für den Einzelverkauf der Zeitungen auf 20 Cent zu erhöhen und die obligatorische Zeitungsrufe an Sonntagen einzuführen.

London. Aus Washington wird gemeldet: Kahne teilte im Ausblick des Schiffahrtsamtes mit, daß bereits 188 Schiffe verkauft seien, davon 18 ehemalige deutsche Frachtdampfer. Der Preis betrage 93 545 000 Dollar. Die Schiffe sind sämtlich zur Fahrt unter amerikanischer Flagge bestimmt. Man glaubt, daß die Käufer nicht inlande sind, die Schiffe ohne Erlaubnis des Schiffahrtsamtes an die Engländer zu verkaufen.

Briefkasten der Redaktion.

N. N. Nach der Verfassung haben Sie das Recht, Ihr Kind aus dem Religionsunterricht zu nehmen. Sie können weder dazu gezwungen noch gestraft werden.

Verantwortlich: für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kober; für Börsliche Politik, Aus der Partei, Kommunales, Esziales und Heilwesen Hermann Winter; für den Anzeigenkreis Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Lustenstraße 24.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Samstag, den 21. Febr., abends 7 1/2 Uhr Fortturnerübung im Lokal. Vollständiges Erscheinen notwendig. 1886
Gaggenau. (Arbeitervereinsverein Freiheit.) Samstag, 28. Februar Generalversammlung im Gasthaus zum „Geck“. Wünsche und Anträge sind bis Mittwoch, 25. Febr. an den Vorstand Meinrad Karcher einzureifen. 1889

Wasserstand des Rheins.

Schifferinsel 115 Btm., gef. 1 Btm., Rehl 215 Btm., gef. 4 Btm., Wargau 408 Btm., gef. 2 Btm., Mannheim 814 Btm.

Unsere Fikalinhaber,

welche den „Volksfreund“ durch die Post überwiefen erhalten, wollen die für März benötigte Bezugszahl spätestens bis zum Montag, den 23. d. M., uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. März nicht rechtzeitig erfolgen.

Verlag des „Volksfreund“.

Nächste Badische Geld-Lotterie
Ziehung 5. März 1920
3264 Gesamt- und Haupttreffer 473
37000
20000
15000
Mark bar ohne Abzug.
Lose 1.10 Mk. Porton.
Liste 50 Pf. empfindlich
Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer
Mannheim, O. 7, 11
früher Stralburg 1.E.

Lüchtiger 1866
Tag-Schneider
per sofort gesucht.
P. Bang, Herrenschneider
39 Amalienstraße 39.

Den Wochenmarktsverkehr in Karlsruhe betr.
Wir bringen nachstehend die ortspolizeiliche Vorschrift gegen den Zwischenhandel mit Marktwaren vom 27. Juli 1915 neuerdings zur allgemeinen Kenntnis:
Aufgrund des § 69 der Gewerbeordnung, § 112 der Polizeiverordnung hierzu, § 1 der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichsstatlers vom 2. März 1915, den Wochenmarktsverkehr betr., wird mit Zustimmung des Stadtrats hier in Ergänzung der Wochenmarktordnung mit Wirkung vom Tage der Veröffentlichung bis auf weiteres folgende durch Erlass des Herrn Landeskommissärs vom 27. Juli 1915 Nr. 3059 für verbindlich erklärt
478

Bruchialer Anzeigen.
Städt. Lebensmittel-Verkauf.
Fleisch an Kranke wird am Samstag, den 21. Februar d. J., vormittags bei Metzgermeister Kappeler abgegeben.
Bruchial, den 19. Februar 1920. 479
Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Bruchial-Stadt.

Rastatter Anzeigen.
Lebensmittel-Verteilung
für die Zeit vom 20. bis 27. Februar.
I.
1. Margarine: von heute mittag ab, Rohstoff 50 Gramm 75 Pf.
H. B. Müller, Kirchstraße, Nr. 2431 bis Schlag u. Str. 1-206
Frau Kähler, Kaiserstraße, Nr. 201-300
Frau Kaiser, Dreherstraße, Nr. 901-1500
gegen Abgabe der Feilskarte 3.
Frau Kaiser, Dreherstraße, Nr. 1501-1600
Frau Krieg, Herrenstraße, Nr. 1601-2450
gegen Abgabe der Feilskarte Nr. 4.
2. Fleisch: Rohstoff 125 Gramm anruff. Speck zu 1.-Mk. gegen Nr. 10 der Lebensmittelkarte.
3. Feilswaren: Ab Mittwoch, Rohstoff 100 Gramm zu 24 Pfg. gegen Nr. 4 der Lebensmittelkarte.
4. Englische Reis: In bekanntgegebenen Geschäften.
II.
Frei für die Ablieferung der Marken 1. März 1920.
III.
Die Bäckereien werden hierdurch in Kenntnis gesetzt, daß für die Folge die Ablieferung der Brotmarken nicht mehr am Montag, sondern am Dienstag jeder Woche vormittags von 8-12 Uhr und nachmittags von 2-5 Uhr zu erfolgen hat.
IV.
Infolge der weiter geklärten Kohlenpreise müssen die Brotpreise mit sofortiger Wirkung erhöht werden wie folgt:
1.85 Mk. für den großen Laib
0.93 Mk. für einen kleinen Laib und
0.20 Mk. für einen 120 Gramm-Brot.
Auf einen Brotstücken sollen 4 Brote abgegeben werden.
Rastatt, den 20. Februar 1920. 481
Kommunalverband Rastatt-Stadt.

Mittlere und starke Käuferjahweine
zu verkaufen. 1881
Mayer, Grünwinkel
Darmstadt, Heimerstraße 228.
Telephon 3602.

Häuser
mit und ohne Geschäft, gleich welcher Lage, sofort zu kaufen gesucht.
Mag Busan
Vergleichsweise-Wirt
Herrenstraße 33.

Ich kaufe
fortwährend zu höchsten Preisen, Kleider, Uniformen, Schuhe u. Wäsche jeder Art.
S. Agelrad,
Eisenweinstraße 32.
Kinderleg- u. Sigiwagen
mit Dach, gut erhalten, zu verkaufen. **Winkelstein, Winkelmeierstraße 101 II.** 1880
Mehrere **Häutchen**, deutsche, belg. und japaner. Groß-Häutchen, Kammer sowie kleine Kammer bis zu verz. **Job. Busch, Wälderstraße 11, Rastatt, Burgstraße 5.** 1883

Volksbuchhandlung Karlsruhe i. B.
Friedrich Stampfer:
Religion ist Privatsache
Erläuterungen zu Punkt 6 des Erläuterungsprogramms 31.-40. Tausend. Mk. 1.-
Freie Erwerbschaft Rastatt.
Samstag abend (21. Febr.) Punkt 8 Uhr
General-Versammlung im „Auer“.
Vollständiges Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
1888 Der Vorstand.

Lebensmittel.
Hülsenfrüchte
bester Ersatz für Kartoffeln.
Bohnen, weiß Erbsen, gelb
Bohnen, bunt Erbsen, grün
Linsen, große Erbsen, gelbe, halbe
Linsensmehl Tapioca
sämtliche Hülsenfrüchte sind gut kochend.
Cornedbeef. Fleischsalat (Schwamm)
in ca. 13 Pfd.-Dosen
Gebrauhter Kaffee Kakao, gar. rein
Ia schwarzer Tee Folien-Kaffee
Backpulver und Cichorie
Puddingpulver Mischobst
Vanillinzucker Feigen
Kieler Sprotten, Kieler Fettsüßling
Flundern, Lachsheringe u. Steinbeißer
Riesensalzheringe, Fetiheringe.
Engl. Fleischkons. Prima Salzgurken in
Jung. Schnittbohnen 8. 4 u. 2 Ltr.-Dose
Stang-Schnittbohnen Misch-Pickles
Stang-Brochbohnen Essiggurken
Apfelsauce, zuckerges. Rollmops
Birnensauce, zuckerges. Delikatessheringe
Kirschen, zuckerges. Romanad-Heringe
Tomatenpüree Homies in Gelee
Brannkohl Kippered-Heringe
Hafer-Cacao Cacao mit Zucker
Friedens-Qualität in 250 g.-Dosen.
Malzen - Kindermehl „Robe“
Haserilocken.
Feinstes Olivenöl, Oelsardinen.
Echtes Schwarzwälder Kirschenwasser.
Cognac - Liköre - Südwine.
Deutscher Obst-Schaumwein.
Schokolade - Biskuits - Pralinen

Standesbuch-Ausgabe der Stadt Karlsruhe
Ehegeschickungen. 8. Zeit von Seidelberg, Wälder hier, mit Marg. Müller Witwe von Eikenau. 8. Zeit von Eppingen, Malermeister in Eppingen, mit Nina Kraus, Huber von Berggarten, Zahnarbeiter hier, mit Paulina Knicht von Neuren. Ferd. Urban von Raurach, Nebenarbeiter in Weersburg, mit Elisabeth Dombrowski von Neumünster. 9. Zeit von Freiburg, Bedienter hier, mit Hedwig Trapp von hier. Karl Schneider von hier. Kaufmann hier, mit Nina von hier. Fern. Willing von hier. Dipl.-Ingenieur hier, mit Will. Molendin von hier. Fern. Albert d. Furthwangen, Berlin. Sekret. hier, mit Emma Feilhaft von Neimstein. Richard Wehberdt von Ringolsheim. Vorgesetzte hier, mit Vertha Ellenhoff von Ober. Wilh. Hermann h. Kießlingen, Konreuer hier, mit Elvete Erdwein von Egenstein.
Geburten. Aufg. Peter Wilh. Haug, Elektromonteur. Aurt. Friedric, Vater Feiler. Weibel, Maschinenfabrik. A. Heinrich, Vater Joh. Philipp, Schlosser. Ernst, Vater Ernst Kaufmann, Kaufmann. Margarete, Vater Joh. Haushofer, Straßenbahnführer.
Todesfälle. Elise, Waise, alt 67 J., Witwe von Jakob Walsch, Landwirt. Alois Kraus, Wein-Sekretär a. D., Wittver, alt 86 Jahre. Rosa Göb, alt 80 Jahre, Ehefrau von Leop. Göb, Tagelöhner. Josefina Frank, ohne Beruf, alt 19 J., Witwe von Paul. Weindl, Ehefrau von Paul. Weindl, Jungweiber. Gust. Günther, Fabrikarbeiter. Ehemann, alt 23 Jahre. Gust. Hofer, Kaufmann, Wittver, alt 65 Jahre. Verhild, alt 12 Jahre, Vater Joh. Schneider, Ingenieur. Wilh. Kappeler, Schuhmachermeister. Ehemann, alt 90 J.

Offenburger Anzeigen.
Heubedarf für das Wirtschaftsjahr 1920/21.
Der Heubedarf für die hiesigen Tierhalter soll auch in diesem Jahre durch den Ertrag der hiesigen Wiesen gedeckt werden.
Um Unterlagen für die geeignete Zuteilung der erforderlichen Wiesenlosse zu erhalten, werden die Tierhalter aufgefordert, sich bis Samstag, den 21. d. Mts., vormittags 12 Uhr, schriftlich zu melden und zwar:
die Pferde- und Rindviehhalter beim Stadtbauamt, Verteilung Tiefbau,
die Pflanzensammler bei den Herren Auguste Keller hier, Pfannenlechner 2 und Daniel Kiefer hier, Sangehr. 21, die Kaninchenzüchter bei Herrn Lokomotivführer Baumann, Sophienstraße 8.
Die Anmeldung hat zu enthalten: Die Zahl der Pferde, des Rindviehs, getrennt in Groß- und Kleinvieh, Zahl der Ziegen bzw. Kaninchen, Gewann sowie Lagerbuch-Nummer und Größe der eigenen und gepachteten Wiesenstücke. An einzelne Ziegen- und Kaninchenbesitzer werden in diesem Jahre keine Wiesenlosse abgegeben.
Anmeldeformulare sind beim Stadtbauamt, Abtg. Tiefbau erhältlich. Anmeldungen, welche unvollständig oder unrichtig sind, werden nicht berücksichtigt.
Bitte machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Anmeldungen, welche erst nach dem 21. Februar ds. J. einlaufen, nicht berücksichtigt werden können.
Offenburg, den 17. Februar 1920. 461
Stadtbauamt.

Fleisch-Verteilung.
In der laufenden Woche werden verteilt:
125 Gramm Salzfleisch zum Preise von 3.40 M für 1 Pfund.
Die in den Metzgereien für Fleisch und Wurst eingetragene Kundenschaft hat dafür 1/2 Fleischmarken, die nur für Fleisch eingetragene Kundenschaft 1/2 Fleischmarken abzugeben.
Wurst kann diese Woche wegen Mangels an Fleischfleisch nur in den Metzgereien von Gartner und Pipelius ausgegeben werden, und zwar
50 Gramm gegen 1/2 Fleischmarken.
Die nicht in diesen Geschäften angemeldete Kundenschaft erhält in der kommenden Woche Wurst.
Karlsruhe, den 19. Februar 1920. 475
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Her-TIETZ

Deutsch-Böhmischer = Schutz- und Trutz-Bund Ortsgruppe Karlsruhe.

Friedrichshofsaal (Karl-Friedrichstr.)

Freitag, den 20. Februar, abends pünktlich halb 8 Uhr

öffentl. Vortragsabend

Redner: Reichsrat Dr. Friedr. Bichl, Wien über das Thema:

Weltfreimaurerei, Weltrevolution Weltrepublik!

Mit Herrn Dr. Bichl, dem Verfasser der bereits in mehreren Auflagen erschienenen Schriften "Dr. Kramarsch, der wahre Antiführer des Weltfreimaurer" und "Weltrevolution, Weltrepublik" haben wir einen Redner gewonnen, der unsere Vortragsabend eine gewaltige Anziehungskraft besitzen wird.

Karten nur an der Abendkasse von halb 7 Uhr an.

Eintrittspreis: 2.50 Mark. 1818

Kaninchen- u. Geflügelzuchtverein Karlsruhe-Rintheim.

Samstag, den 21. und Sonntag, den 22. Februar findet im neuen Saale des Gasthauses zum „Schwanen“ eine

Große Kaninchen- und Produkten-Ausstellung

verbunden mit Prämierung und reichsausstatteten Glückshafen unter Vorführung der neuesten Rasse, Hatt.

Eröffnung: Samstag, nachmittags 2 Uhr. Eintritt 30 Pfennig. Kinder 10 Pfennig.

Zum Besuch ladet freundlichst ein Die Ausstellungsfestung.

1873

FESTHALLE

Samstag, 21. Febr., abends 7 1/2 Uhr

Konzert

des **Lehrergesangsvereins.**

Mitwirkende:

Frau Therese Müller-Ketzel aus Wiesbaden und Fräulein Margarete Schwelker (Viol.) von hier. — Am Flügel: Fräulein Luise Beck. Der Chor des L. G. V. (170 Sänger). Musik. Leitung: Heinrich Lechner.

Für Nichtmitglieder ist eine Anzahl Karten zu 3 Mk., 2.50 Mk., 2 Mk. und 1.50 Mk. (ohne Steuer) in der Musikalienhandlung von Fritz Müller zu haben. 1872

Erstklassige Großstückschneider (Heimarbeiter) gesucht bei **Wilhelm Müller** Kaiserstraße 116, 1 Trepp. 1890

Bach-Verein Karlsruhe e. V.

Mittwoch, den 25. Februar 1920 abends 7 Uhr in der „Städtischen Festhalle“

41. Konzert HERAKLES

musik. Drama von Handel. 1828

Ausführende:

Max Büttner, Kammeränger (Violoncello); Marg. Brunsch, Opernsängerin (Soprano); Karl Seidel, Opernsänger (Bass); Edith Zajitz, Opernsängerin (Sopran); Katinka Neugebauer, Opernsängerin (Sopran); Chor des Bachvereins; eingeladene Damen und Herren; Orchester des Bad. Landestheaters. Musikdirektor G. Hofmann (Cembalo).

Dirigent: Fritz Cortezzi.

Kaffeneröffnung: 6 Uhr. Ende 9 Uhr.

Eintrittskarten für Nichtmitglieder zu 10, 8, 6, 4 und 2 M. ausschließlich Steuer in der Musikalienhandlung Fr. Doert und an der Abendkasse; Programm mit Text 60 S.

Ehemalige Unteroffiziere und Mannschaften des bad. Inf.-Regiments 238.

Wir treffen uns nochmals am morgen Samstag, abends 7 Uhr in der „Noten Tasse“, Kriegsstr. 276 stattfindende

Versammlung

Zweck: Gründung eines kameradschaftlichen Vereins und laden höflich zum Besuche ein. 1874 Die Einberufer.

Badisches Landestheater.

Freitag, den 20. Februar 1920. 480

Moral

Komödie in drei Akten von Ludwig Thoma. Anfang 7 Uhr. (Gr. Pr.) Ende 1/10 Uhr.

Spielplan vom 21. Februar bis 1. März.

Am Landestheater. Sa. 21. „Der Rosenkavalier“, Baron Ochs von Lerchenau: Kammeränger Paul Bender von München (Sperlich I. Abt. 18 Mk.) halb 6. — So. 22. nachmitt. 2 Uhr „Renanissance“ (0.80—4 Mk.), abds. halb 7 „Die Vöndme“ (Sperlich I. Abt. 12 Mk.) — Mo. 23. „Hofrat von der Pfalz“ (Gr. Pr.) 7. — Di. 24. „Die Weiberlinge von Nürnberg“ (Sperlich I. Abt. 14 Mk.) über die Pfälze im I. Rang ist anderweitig verfügt 5. — Mi. 25. „Gaban“ (Gr. Pr.) 7. — Do. 26. „Der Eisenhauer“ (Gr. Pr.) 7. — Fr. 27. V. Schülermeister-Spielung: „Der Himmelsmann“ (Gr. Pr.) 7. — Sa. 28. „Moral“ (Gr. Pr.) 7. — So. 29. nachm. 2 Uhr „Der Haus der Sabinerinnen“ (0.80 bis 4 Mk.), abds. halb 7. Die Hausbesitzer (Sperlich I. Abt. 14 Mk.) — Mo. 1. März „Macbeth“ (Gr. Pr.) 7. — In den Vertagvorstellungen (mit Ausnahme der Weiberlinge und der Himmelsmann) und zur Nachm.-Vorh. Sonntag, 29. Februar, gelten die Vorzugsarten. Vorrecht der Vorzugsarten in den Vertagvorstellungen und an der Theaterkasse (Hauptgebäude am Samstag, den 21. Febr. halb 10 bis 1 Uhr). Verkauf zum Rollenpreis von Montag, den 23. Febr. an. Nur Jambertide am 29. Febr. haben Inhaber von Vorzugsarten ein Vorzugsrecht (je 2 Karten) am Montag, den 23. Febr., nachm. halb 4—5 Uhr, der allgemeine Verkauf hierzu beginnt Dienstag, den 24. Februar.

Städtische Konzerte in der Festhalle.

Sonntag, den 22. Februar 1920 abends 1/8 Uhr

Künstler-Konzert

Ausführende:

Musik-Verein Harmonie (Leitung: Herr Hugo Rudolph) Fräulein Nellu Schlager, Opernsängerin Herr Hans Otto Norden, Direktor Herr Hermann Eck, Opernsänger Frau Johanna Siebert-Sonntag, Fräulein Cilla Hermann, Fräulein Anna und Elisabeth Heusser, Tanzkünstlerinnen Herr Wilhelm Schweppe, Kapellmeister (Klavier).

Mitglieder des bad. Landestheaters.

Eintrittspreise (einschl. Lustbarkeitssteuer): Saal, untere und obere Galerie Mk. 2.20. Eine beschränkte Anzahl Plätze — Balkon, obere Galerie, 1. Reihe (nummeriert) Mk. 3.80. — Wirtschaftsbetrieb. — 474

Kartenverkauf: Freitag, den 20. und Samstag, den 21. d. M., nachmittags bis 6 Uhr, bei den Musikalienhandlungen Fr. Doert, Kaiserstrasse 159, Telefon Nr. 638 (Ostseite der Festhalle) und Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstrasse, Telefon Nr. 388 (Westseite der Festhalle), a. a. Konzerttag abends von 1/4 Uhr an in der Festhalle (Westseite).

Saal- und Galerieöffnung 1/7 Uhr.

Zugang zur oberen Galerie über die äusseren Treppen. Belegen von Plätzen verboten.

Herrenstoffe!

L. Brotz

Marienstr. 18 p., Tel. 3950. Kein Laden. 1855

V. f. B. „Südstadt“ 1896

Sportplatz beim Städt. Wasserwerk hinter dem Rangierbahnhof.

Sonntag, den 22. Februar 1920

F. C. Nordstern Rintheim

V. I. B. „Südstadt“ 1896

1. bis 4. Mannschaft 1871

Anfang: 10, 1/12, 1 und 1/3 Uhr.

Fußballklub Mühlburg e. V.

Jeden Dienstag abend Kommissions-Sitzungen im Sporthaus.

Freitag, 20. Febr. 1920 von 8—9 Uhr

Lehrabend im Klubhaus. Ab 9 Uhr

Spielerversammlung der 1. und 2. Mannschaft. Samstag, 21. Febr. 1920 Schüler-Mannsch. gegen Olympia auf uns. Platze. Abends 8 Uhr

Spielerversammlung im Klubhaus. Wahl des 4., 5., 6. und 7. Spielführers. Abends 8 Uhr im Gasthaus zur „Hansa“ beim Rheinhafen

Alt-Herrenabend. Sonntag, 22. Febr. 1920

Liga-Verband-Spiel auf unserem Platze gegen **V. f. B.**

Spielbeginn 4 Uhr. Vorher 2., 3. und 4. Mannschaft, 6. und 7. Mannschaft in Knieblingen. A. H.-Mannschaft auf dem K. F. V.-Platze 1879

Verkaufsvordrifen für Schuhwaren.

Auf Anregung des Landespreisesamtes wird gemäß § 5 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1919 (R.G.B. S. 607) für den Bezirk der Stadt Karlsruhe folgendes mit sofortiger Wirkung bestimmt:

§ 1. Alle Kleinhändler mit Schuhwaren sind verpflichtet, den Kleinverkaufspreis in deutscher Währung auf den Schuhwaren selbst oder auf einem mit ihnen festverbundenen, aus dauerhaftem Material hergestellten Begleitfahnen deutlich und sichtbar mittels Stempels oder Farbstiftes anzubringen.

§ 2. Die in § 1 bestimmte Anbringung der Preise muß sofort bei Empfang der Ware vorgenommen werden, auch wenn sie nicht sofort in die Verkaufsräume aufgenommen wird.

§ 3. Die angebrachten Preise dürfen nicht überschritten oder nachträglich erhöht werden.

§ 4. Die Abgabe an Verbraucher zu dem angebrachten Preise gegen Barzahlung darf nicht verweigert oder von anderen Gegenleistungen abhängig gemacht werden.

§ 5. An den in Schaufenstern oder Schaukästen ausgesetzten Schuhen muß der Kleinverkaufspreis dem Beschauber sichtbar und deutlich angebracht sein.

§ 6. Die Kleinhändler haben bei Nachprüfungen durch die Preisprüfungsstellen auf Verlangen Rechnung vorzulegen, aus welcher der Einkaufspreis und der Preisermäßigung zu ersehen ist.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen diese Bekanntmachung werden gemäß §§ 17, 19 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1919 (R.G.B. S. 607) mit Gefängnis oder Geldstrafe, bei Freistellung gemäß der Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918 (R.G.B. S. 395) bestraft. Auch ist Unterlegung des Handelsbetriebes und Beschlagnahme der Ware zu gewärtigen.

Karlsruhe, den 12. Februar 1920.

Für den Kommunalverband Karlsruhe-Stadt Der Stadtrat.

Eisen - Abfälle jeder Art 1887

Nutzeisen Metalle

Jakob Schneller

Rohprodukten

Telephon 1597 Durlacherstraße 34.

Fussball-Verein Beiertheim e. V.

Sonntag, 22. Febr. 1920 auf unserem Platze

Gesellschaftsspiele

Frankonia

1878

Beiertheim

Beginn 1. M. 3 Uhr; 2. M. halb 2 Uhr; 3. M. halb 11 Uhr und 4. M. 9 Uhr.

F. C. Frankonia Karlsruhe e. V.

Sportplatz Durlacher Allee Strassenbahnhaltestelle am Schwanhof

Jeden Mittwoch Fußball-Übung.

Sonntag mittags 1/4 Uhr Schülermannschaft in Beiertheim.

Sonntag abends 1/8 Uhr **Spielerversammlung** mit Vortrag im „Schlachthof“

Sonntag, 22. Februar, auf dem Beiertheimer Sportplatz

Wettspiele F.-V. Beiertheim 1., 2., 3. und 4. gegen **Frankonia** 1., 2., 3. und 4. Beginn: 3, 1/2, 1/2, 11 bzw. 9 Uhr.

A. H.-Spiel wird in der Spielerversammlung bekannt gegeben.

Auf unserm Platze nachmittags 1/3 bzw. 1 Uhr **„Viktoria Durlach“** 1. und 2. gegen **„Linkenheim.“** 1870

Karlsruher Fussball-Verein e. V. 1892

Schirmherr: Prinz Max von Baden.

Geschäftsstelle: Zirkel 29. Tel. 1193.

Sonntag, d. 22. d. M., auf unser Sportplatz: Knieblingen V. — K. F. V. VII. Knieblingen VI. — K. F. V. VIII. Beginn: 9 u. halb 11 Uhr. 1 Uhr Germania Durlach I. K. F. V. II.

Halb 8 Uhr **Freiburg I.** K. F. V. I.

3. und 4. Mannschaft in Durlach.

5. und 6. Mannschaft gegen Viktoria Mühlburg auf dem Exerzierplatz.

A. H.-Mannschaft in Mühlburg.

K. F. C. PHONIX

PHONIX — ALMANNA

Dienstag und Donnerstag Fußball und Leichtathletik-Festengarten.

Sonntag, den 21. Febr., nachmittags 4 Uhr, Versammlung der Junioren im Festengarten.

Sonntag, den 22. Febr., IV. Mannschaft gegen Spielvereinigung Ettlingen in Ettlingen, 3 Uhr nachmittags.

V. Mannschaft gegen Spielvereinigung Ettlingen in Ettlingen, halb 2 Uhr nachm.

VI. Mannschaft gegen VII. Mannschaft im Festengarten, 10 Uhr vormittags.

Mittwoch, den 25. Februar, Vorstandssitzung.

Freitag, den 27. Februar, Spieler-Versammlung.

Voranzeige! Sonntag, den 29. Februar, F. C. Forstheim.

In diesem Spiel werden an die Mitglieder Mitgliedsgegenstände abgegeben, Anmeldung: Mittwoch, im „Schwanen“. 1884

Fußball - Verein Grünwinkel e. V.

Gegr. 1910. Eigener Sportplatz.

Heute abends 8 Uhr im Lokal

Spielerversammlung

Sonntag, den 22. ds. Mts. 1. Mannschaft in **Gaggenau.**

Auf unserm Platze: 2. u. 3. Mannschaft gegen F.-C. „Phonix“, Zimmersheim.

4. u. 5. Mannschaft gegen Sp.-Bg. Teutscheneuth.

Abends **Zufahrenkannst** im Lokal. 1877